



1. Band Nr. 2

Ausgegeben am 10. Oktober 1913

32. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Knittel aus dem Sack!

Von Hermann Wendel.

Mit besonders erfolgreichem Eifer tut der preußisch-deutsche Militarismus in dem Jahre, da er das unerhörteste Opfer an Gut und Blut geschluckt hat, aller Welt dar, weldch ein unüberbrückbarer Abgrund ihn von den Massen des Volkes trennt. In wenige Wochen drängen sich zusammen der Kruppstandal, das Erfurter Urteil, der Konflikt Schenk-Quard — jeder Fall in seiner Art ein typisches Beispiel für eine typische Seite des Übels Militarismus. Nun ist als eine neue übelbustende Blüte auf dem dürren Sand des preußischen Exerzierplatzes noch der Fall Knittel emporgeschossen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: der Fall Knittel ist nicht von heute oder gestern, sondern hat schon verschiedene Stadien durchlaufen, und mit dem Gleiwitzer Urteil fällt eigentlich der Vorhang über dem letzten Akte dieser Tragikomödie. Denn vom rein menschlichen Standpunkt betrachtet ist das Schicksal des Amtsrichters, der wegen seines Verhaltens bei den Landtagswahlen als Offizier von der Reserve zur Landwehr überführt wurde, dagegen rebellierte und jetzt von seinen Kollegen wegen angeblicher Beleidigung verschiedener Epaulettenträger eine harte Geldpön aufgebremmt erhielt, bei weitem nicht so tragisch als das des Landwehrmannes, den wegen einer betrunkenen Geschichte am Tage der Kontrollerversammlung die Erfurter Kriegsrichter mit der mildesten Strafe belegten. Aber deutlicher als Erfurt offenbart Rybnik, wie gleichmütig der Militarismus vorkommendenfalls auf die verfassungsmäßig verbürgten Rechte des Staatsbürgers pfeift, wenn diese Rechte mit seinen Interessen zusammenprallen oder auch nur zusammenzuprallen scheinen.

Wir haben erlebt, daß ein Reservemann, dem die sorgende Gattin gutgläubig ein in den „Vorwärts“ gewickeltes Schmalztopfchen in die Kaserne mitgab, wegen dieses politischen Deliktes drei Tage in den Rasten flog. Wir haben es ebenso erlebt, daß ein fortschrittlicher Reserveleutnant, der bei den Stichwahlen zu einer kommunalen Körperschaft für die Wahl eines Sozial-

demokraten eintrat, unbarmherzig zum Teufel gejagt wurde. Beides gewiß Fälle von kennzeichnendem Charakter. Aber der Fall des Amtsrichters Knittel in Rybnik ist deshalb noch weit kennzeichnender, weil Herr Knittel, dem Zentrum treu ergeben, durchaus kein bärbeißiger Oppositionsmann ist, und wenn er je ein Löffchen Schmalz mit in die Kaserne gebracht hat, es in die „Germania“ eingehüllt trug. Herr Knittel reizte auch nicht etwa zur Entscheidung für einen Sozialdemokraten auf, bewahre, sondern er gab seine Stimme zwei Wahlmännern, die nach einem abgeschlossenen Kompromiß zwei Zentrumsleute und einen Polen zu wählen hatten; er glaubte das jedenfalls mit seiner stramm staatserkhaltenden Gesinnung und seiner Eigenschaft als Leutnant der Reserve um so leichter vereinbaren zu können, als der Fürst Radziwill, lange Jahre hindurch Führer der polnischen Reichstagsfraktion, den seltenen Rang eines Oberleutnants in der Reserve bekleidet und am 18. Januar niemals bei Hofe zu erscheinen vergift. Aber über seinen Polen sollte Herr Knittel stolpern, denn er hatte die Rechnung ohne den Bezirksoffizier in Rybnik, Hauptmann Kammler, gemacht. Dieser Herr, von dem sich leider beim besten Willen nicht sagen läßt, daß er nicht auf den Kopf gefallen sei — er ist nämlich bei einer Übung vom Pferde auf den Schädel gestürzt —, möchte am liebsten das von ihm erfundene, ebenso einfache wie geniale Mittel zur Lösung der Polenfrage ausgeführt sehen, nämlich die Massakrierung aller „Polacken“, und war darum höchlichst entriistet, daß ein Reserveoffizier, wenn auch indirekt, einem „Polacken“ zu einem Landtagsitz verholfen hatte. Auf seine Anzeige wurde prompt Herr Knittel aus der Reserve in die Landwehr versetzt und durfte das um so mehr als eine Disziplinierung und Raststellung ansehen, als er sich zweimal freiwillig zu einer Übung meldete und beidemal nicht angenommen wurde. Er beschwerte sich. Erfolglos! Er führte ein Ehrengerichtsverfahren herbei. Ohne Erfolg! Und jetzt flackerte in der Seele des Zentrumsmannes, Amtsrichters und Landwehroffiziers etwas von dem beharrlichen Rechtsinn jenes Michael Kohlhaas auf, dessen Streit und Untergang Kleist besungen: Knittel wandte sich mit einer Eingabe an das Kriegsministerium, die sich über den Hauptmann Kammler und einige andere beteiligte Offiziere nicht gerade in feinen und lieblichen Ausdrücken erging.

Flugs zeigte sich der Erfolg in Gestalt einer Anklage gegen Knittel, aber die Strafkammer in Ratibor kam zu einem freisprechenden Urteil, in dem sie ausführte:

Dem Hauptmann Kammler ist der Vorwurf gemacht worden, er sei ein bössartiger Geisteschwacher, vor dem man sich in acht nehmen müsse. Diesen Vorwurf hat das Gericht als erwiesen angesehen. Die Geisteschwäche wurde als festgestellt betrachtet auf Grund der Sachverständigengutachten. Die Bössartigkeit wurde erblickt in dem zweideutigen und nicht offenen Verfahren gegenüber dem Angeflagten und dem Oberleutnant Giese sowie in dem Verhalten des Hauptmanns Kammler bei den Kontrollversammlungen. Hierfür ist der Wahrheitsbeweis objektiv erbracht. Der Vorwurf der Lüge gegenüber dem Hauptmann Kammler ist durch den Wahrheitsbeweis in zwei Fällen bewiesen. Dem Bezirkskommandeur Baron v. Wittinghoff wurde wiederholte Lüge vorgeworfen. Auch dafür hat das Gericht den Wahrheitsbeweis als erbracht angesehen. Wittinghoff hat bewußt die Unwahrheit gesagt, wenn er geschrieben hat, daß das Regiment den Antrag auf Überführung Kammlers zur Landwehr gestellt habe.

Daß der Militarismus aus diesem Prozeß mit einem blauen Auge hervorgegangen sei, das zu behaupten wäre eine optimistische Übertreibung, aber in rechter Würdigung der Thatfachen ernannte zunächst einmal — das war die erste Wirkung des Urteils! — der Ratiborer Kriegerverein den Hauptmann Kammeler zu seinem Ehrenmitglied. Ehre, wem Ehre gebührt! Dann aber packte der Militarismus nicht etwa die so böse gestäubten und gestempelten Offiziere beim Schlafittchen und versetzte den Amtsrichter Mittel in die Reserve zurück, sondern er verließ sich auf die Berufung, und siehe da! das Reichsgericht verwies die peinliche Angelegenheit an die Gleiwitzer Strafkammer, und hier fanden sich auf einmal andere Richter, andere Zeugen und andere Sachverständige, und während das Urteil dem Hauptmann Kammeler den Vollbesitz seiner geistigen Kräfte schwarz auf weiß bestätigte, warf es umgekehrt den Amtsrichter Mittel in die Kategorie der mit einem geistigen Defekt Behafteten, der Querulanten. Der Militarismus triumphiert!

Ist die juristische Seite dieses Triumphes schon nicht so ohne, so ist seine politische Seite noch weit wesentlicher. Selbst in Preußen, wo man doch einen starken Tabak gewöhnt ist, muß die Art der Prozeßführung lebhaftes Befremden erregen. Zweifellos, daß der Vorsitzende seines Amtes waltete, tief durchdrungen von dem Gefühl seiner vollkommenen Unbefangtheit und Unparteilichkeit, aber wenn er ein bewußter Sachwalter der Kammeler und Genossen gewesen wäre, hätte er sich nicht anders aufspielen können. Von Anfang an erfuhr jede Aussage, die irgendwie zuungunsten des Bezirksoffiziers von Rybnik sprach, ein beschönigendes Kommentar aus dem Munde des Vorsitzenden, und die Beweisaufnahme war noch gar nicht weit fortgeschritten, als er den Angeklagten schon ermahnte, bußfertig in sich zu gehen und eine unumwundene Ehrenerklärung für die Beleidigten abzugeben, was Herr Mittel mit gutem Grunde ablehnte. Der Vertreter der Anklage überflügelte natürlich den Vorsitzenden noch. In dem Hauptmann Kammeler haben wir, so will es der Herr Staatsanwalt, einen „musterhaften Offizier“ und einen „vollendeten Ehrenmann“ respektvollst zu begrüßen. Wie aber sieht nach den Ergebnissen der Gleiwitzer Beweisaufnahme dieser musterhafte Offizier und vollendete Ehrenmann aus? Er möchte am liebsten alle Polen über den Haufen stechen und schießen. Er drängt sich spät nach Mitternacht als ungebetener Gast in fremde Gesellschaften ein. Er beschimpft angesehene Bürger aufs gröblichste. Er hält die Damen seiner Bekanntschaft über seinen Stuhlgang sozusagen auf dem laufenden. Er gebraucht bei den Kontrollerversammlungen obszöne Redensarten, und dann besonders gern, wenn er zufällig unfreiwillige weibliche Zuhörer hat — kurz, ein musterhafter Offizier und vollendeter Ehrenmann, wie er im Buche steht. Da kann es denn auch nicht mehr wundernehmen, daß der Staatsanwalt dem Sauerherdenton des Kasernenhofs ein paar begeisterte Lobspriüchlein widmete, aber wenn er mit derselben Begeisterung „die köstliche Einladung unseres Goethe im Götz“ zu preisen wußte, so erstreckt sich unsere Hoffnung nur dahin, daß er, wenn ihm selber einmal jene berühmte, aber derbe Einladung entgegenschallt, sich ihrer ebenso vorurteilsfrei und humorvoll erwehrt.

Von der politischen Seite der Angelegenheit beliebten Richter und Staatsanwalt sich auszusprechen, und doch ist hier der springende Punkt.

Was den Amtsrichter Knittel zum Kampfe gegen die militärische Hierarchie auf die Beine brachte, war die ganz offensichtliche Verletzung der Rechte, die ihm die preussische Verfassung gewährleistet. Mag er sonst wie immer geartet sein — und ein Revolutionär ist dieser Zentrumsmann sicher nicht! —, hier stand er als ein Verfechter der konstitutionellen Garantien gegen militäristische Willkür. Gerade bei den Angehörigen der besitzenden Schichten, die den Sabul des Reserveleutnants mit Stolz über den Asphalt scheppern lassen, liegt ja der Konflikt zwischen den wirklichen Rechten als Staatsbürger und den vermeintlichen Pflichten als Offizier so außerordentlich nahe. Der Offizier im militäristischen Heer des Klassenstaats ist nur ein winziges Schraubchen in einem ungeheuren Organismus. Er ist nur ein Arm, kein Kopf. Er ist ein Instrument wie ein Maschinengewehr. Wie man bei diesem nur den Mechanismus in Bewegung zu setzen braucht, um es in ein kugelsprengendes Ungeheuer zu verwandeln, so drückt man auch bei jenem auf einen Knopf, und er nimmt zehn Mann aus der nächsten Kasernenstube, marschirt im Steckschritt los und sprengt die „Perls“ im Parlament in alle vier Winde. Der Bürger aber ist in den durch die Polizei gezogenen Grenzen ein selbständiges Individuum. Bei den Wahlen kann er sich ganz nach Gutdünken für einen Konservativen oder einen Liberalen, für einen Anhänger des Zentrums oder der Sozialdemokratie entscheiden, und niemand hat ihm dreinzureden. Nichts selbstverständlicher, als daß auch der Reserve- oder Landwehroffizier in der überwiegend größten Zeit seines Lebens, da er nicht mit einem roten, sondern einem blauen Kragen um den Hals spazieren geht, sich all seiner staatsbürgerlichen Rechte erfreut. Aber in Preußen ist eben das Selbstverständliche nicht selbstverständlich, und so hat es seit jeher der militaristischste aller Staaten sich als Ziel gesetzt, sich mit den unbedenklichsten Mitteln in dem Reserve- und Landwehroffizierkorps eine Prätorianertruppe zur Unterstützung seiner reaktionären Ziele heranzuziehen. Die meisten beugen sich allerdings freiwillig dem schmählichen Druck und sind Knechte mit dem freudigen Gefühl, es zu sein. Wer aber gegen den Stachel leckt, der wird gnadenlos in dem kunstvollen Räderwerk des Militarismus zerquetscht. So tobte schon unmittelbar nach den Befreiungskriegen der wackechte Junker v. d. Marwitz gegen die „demagogische Masse“ von Landwehroffizieren, so schnüffelte man in der Konfliktzeit der sechziger Jahre nach Landwehroffizieren mit fortschrittlicher Gesinnung, und so schoß Hauptmann Kammler seinen Bolzen gegen den Amtsrichter Knittel ab, weil er nicht „vorschriftsmäßig“ gewählt hatte. Die Verfassung? Was schieert den Militarismus die Verfassung! Der Militarismus kennt nur das Exerzierreglement, die Felddienstordnung und die Kriegsartikel. Was nicht darin steht, existiert nicht für ihn, und Verfassung vollends hat einen gar verdächtigen, demokratischen Klang. Darum fällt der Amtsrichter Knittel als Opfer des naiven Glaubens, die Verfassung stehe über dem Militarismus, während doch der Militarismus mit seinen Kanonen und Bajonetten um so viel älter und kräftiger ist als alle papierene Konstitution.

Als bei der Beratung der Militärvorlage die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch einen Antrag „den Angehörigen der Armee die Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung gewährleisten“ wollte, ernstete sie bei den bürgerlichen Parteien nur Spott und Hohn. Zum Dank dafür

schlägt jetzt der Militarismus einem Angehörigen dieser bürgerlichen Parteien derb ins Kreuz. Der Sozialdemokratie aber wird in ihrem Kampfe für die Verfassung gegen den Militarismus der Fall Knittel nicht als schlechteste Agitationstatsache dienen, und noch oft soll, den militärischen Machthabern zur geringen Freude, der Ruf ertönen: Knittel aus dem Sack!

Ein Beitrag zur Geschichte der Internationale.

Zwei unbekannte Artikel von Friedrich Engels und Karl Marx.

Übersetzt und eingeleitet von N. Njasanoff.

(Schluß.)

Über das Autoritätsprinzip. (Dell' Autorità.)

Von Friedrich Engels.

Vor einiger Zeit eröffneten mehrere Sozialisten einen wahren Kreuzzug gegen das, was sie das Prinzip der Autorität nennen. Sie glauben, daß es genügt, diese oder jene Handlung als eine autoritäre hinzustellen, um sie zu verurteilen. Man treibt mit dieser summarischen Methode so viel Unfug, daß es notwendig ist, die Sache näher zu betrachten. Autorität in dem Sinne des Wortes, in dem es hier gebraucht wird, heißt: Unterwerfung des Willens eines anderen unter unseren Willen. Autorität setzt also andererseits Subordination voraus. Nun, insofern diese beiden Worte schlecht klingen und dem Teil, der subordiniert ist, das in diesen beiden Worten ausgesprochene Verhältnis nicht angenehm ist, entsteht die Frage, ob es ein Mittel gibt, dieses Verhältnis aus der Welt zu schaffen, ob wir — unter den gegebenen sozialen Bedingungen — einen anderen sozialen Zustand schaffen können, in dem diese Autorität keinen Raum mehr haben, in dem sie folglich verschwinden würde. Wenn wir die ökonomischen, industriellen und agrarischen Verhältnisse untersuchen, die die Grundlage der heutigen bürgerlichen Gesellschaft bilden, finden wir, daß sie die Tendenz haben, die isolierte Aktion eines Individuums durch die kombinierte Aktion mehrerer Individuen zu ersetzen. An Stelle von kleinen Betrieben isolierter Produzenten stellte die moderne Industrie die großen Fabriken und Werkstätten, wo Hunderte von Arbeitern komplizierte Maschinen, die durch Dampf in Bewegung gesetzt sind, übermachten, an Stelle der Fuhrre und des Karrens sind Eisenbahnzüge getreten sowie die Dampfschiffe an Stelle der Ruder- und Segelschiffe. Auch die Agrikultur kommt allmählich unter die Herrschaft der Maschine und des Dampfes, die langsam, aber unerbittlich die kleinen Bauern durch die großen Kapitalisten verdrängen, die mit Hilfe von Lohnarbeitern große Latifundien bebauen.

Wo es auch sei, wird die unabhängige Aktion einzelner Individuen durch eine kombinierte Aktion, durch ein Zueinandergreifen von Handlungen, die eine von der anderen abhängig sind, verdrängt. Wer aber kombinierte Aktion sagt, der sagt auch Organisation. Ist es nun möglich, eine Organisation ohne Autorität zu haben?

Nehmen wir an, daß eine soziale Revolution die Kapitalisten, deren Autorität jetzt die ganze Produktion und Verteilung des Reichthums leitet, entthront habe. Nehmen wir an, um sich gänzlich auf den Standpunkt der Anti-

autoritären zu stellen, daß die Erde und die Arbeitsmittel das kollektive Eigentum der Arbeiter geworden sind, die sie gebrauchen. Wird in diesem Falle die Autorität verschwinden oder wird sie nur ihre Form ändern? Sehen wir zu.

Nehmen wir als Beispiel eine Baumwollspinnerei. Damit sich die Baumwolle in Garn verwandle, muß sie wenigstens sechs verschiedene aufeinanderfolgende Operationen durchlaufen, die meistens in verschiedenen Räumen stattfinden. Außerdem braucht man, um die Maschinen in Bewegung zu setzen, einen Ingenieur, der die Dampfmaschine überwacht, ferner einige Mechaniker für tägliche Reparaturen und noch viele andere nicht qualifizierte Arbeiter, um die Produkte aus einem Raume in den anderen zu befördern usw. Alle diese Arbeiter, Männer, Frauen und Kinder, müssen ihre Arbeit beginnen und schließen zu einer Stunde, die durch die Autorität des Dampfes bestimmt wird, der sich wenig um die individuelle Autonomie kümmert. Es ist also von Anfang an notwendig, daß die Arbeiter sich über die Arbeitsstunden verständigen, und sobald diese Stunden fixiert sind, müssen sich alle ohne Ausnahme fügen.

Dann entstehen in jedem Raume und in jedem Moment Detailfragen bezüglich der Produktionsmethode, der Verteilung des Materials usw., Fragen, die, wenn man nicht eine plötzliche Stilllegung der Produktion riskieren will, sofort gelöst werden müssen. Werden sie nun durch die Entscheidung eines Delegierten, der eine Arbeitsbranche leitet, oder durch einen Majoritätsbeschuß gelöst, der Wille des einzelnen muß sich fügen, das heißt, diese Fragen werden autoritär gelöst. Der automatische Mechanismus einer großen Fabrik ist in viel größerem Maße tyrannisch, als es die kleinen Kapitalisten sind, die die Arbeiter ausbeuten. Wenigstens was die Arbeitsstunden anbelangt, kann man über die Pforten dieser Fabriken schreiben: *Lasciate ogni autonomia, voi ch' entrate* (Laßt, die ihr eingeht, jede Selbstbestimmung fahren). Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und der Erfindungsgabe sich die Naturkräfte unterordnet, so rächen sie sich, indem sie ihn, der sie exploitiert, einem wahren Despotismus unterordnen, der unabhängig ist von den sozialen Verhältnissen. Die Autorität in der Großindustrie abschaffen, hieße die Industrie selbst abschaffen, die Dampfspinnerei vernichten, um zu dem Spinnrocken zurückzukehren.

Nehmen wir ein anderes Beispiel, eine Eisenbahn. Hier ist die Kooperation einer Anzahl von Menschen absolut notwendig, eine Kooperation, die zu genau bestimmten Stunden stattfinden muß, wenn man ein großes Unglück vermeiden will. Hier ist die erste Bedingung des ganzen Unternehmens ein dominierender Wille, der alle untergeordneten Fragen entscheidet, und es ist gleich, ob dieser Wille nun von einem Delegierten oder von einem Komitee repräsentiert wird, das gewählt ist, um die Entscheidungen der Majorität der Interessentesten zu vollstrecken. Im einen und im anderen Falle haben wir es mit einer Autorität zu tun. Noch mehr. Was mußte schon mit dem ersten Zuge geschehen, wenn man die Autorität der Eisenbahnbeamten über die Herren Reisenden abschaffen wollte?

Nirgends ist aber die Notwendigkeit der Autorität, und einer absoluten Autorität, so klar als auf einem Schiffe auf hoher See. Dort hängt im Moment der Gefahr das Leben aller von der absoluten und momentanen Untertwerfung aller unter den Willen eines einzelnen ab.

Wenn ich diese Argumente den rabiatesten Antiautoritären entgegenstelle, können sie mir nur die folgende Antwort geben: Ah! Das ist wahr, es handelt sich aber hier nicht um die Autorität, die wir den Delegierten verleihen, sondern um einen Auftrag. Diese Leute glauben, daß sie eine Sache ändern können, wenn sie ihren Namen ändern. So machen sich diese tiefen Denker über die ganze Welt lustig.

Wir haben also gesehen, daß einesteils eine gewisse Autorität, von wem immer sie delegiert wird, und andererseits eine gewisse Subordination Dinge sind, die sich uns unabhängig von der sozialen Organisation aufdrängen zugleich mit den materiellen Bedingungen, unter denen wir die Güter produzieren und zirkulieren lassen.

Wir haben außerdem gesehen, daß die materiellen Bedingungen der Produktion und der Zirkulation unvermeidlich immer mehr dem Einfluß der Großindustrie und der Großagrikultur unterliegen, daß sich somit mehr und mehr auch das Gebiet dieser Autorität erweitert. Es ist daher ein Widersinn, das Prinzip der Autorität als absolut schlecht und das Prinzip der Autonomie als absolut gut hinzustellen. Autorität und Autonomie sind relative Begriffe, und ihr Geltungsbereich ändert sich mit den verschiedenen Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung.

Hätten sich die Autonomisten begnügt, zu sagen, daß die soziale Organisation der Zukunft die Autorität nur in den Grenzen zulassen wird, die durch die Produktionsverhältnisse unvermeidlich gezogen werden, dann hätte man sich mit ihnen verständigen können; sie sind aber blind für alle Tatsachen, welche die Autorität notwendig machen, und kämpfen leidenschaftlich gegen das Wort.

Warum beschränken sich die Antiautoritären nicht darauf, gegen die politische Autorität, gegen den Staat zu schreien? Alle Sozialisten sind darin einverstanden, daß der Staat und mit ihm die politische Autorität insofern der künftigen sozialen Revolution verschwinden werden; das heißt, daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die sozialen Interessen überwachen. Die Antiautoritären aber fordern, daß der politische Staat mit einem Schlage abgeschafft werde, noch früher, als die sozialen Verhältnisse abgeschafft sind, die ihn erzeugt haben. Sie fordern, daß der erste Akt der sozialen Revolution die Abschaffung der Autorität sein soll.

Gaben sie einmal eine Revolution gesehen, diese Herren? Eine Revolution ist gewiß die autoritärste Sache, die es gibt, ein Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung seinen Willen dem anderen Teil durch Flinten, Bajonette und Kanonen, alles das sehr autoritäre Mittel, aufzwingt; und die Partei, die gesiegt hat, muß ihre Herrschaft durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen, behaupten. Und hätte sich die Pariser Kommune nicht der Autorität eines bewaffneten Volkes gegen die Bourgeoisie bedient, hätte sie sich länger als einen Tag behauptet? Können wir sie nicht umgekehrt tadeln, daß sie sich zu wenig dieser Autorität bedient habe? Also: entweder — oder: Entweder die Antiautoritären wissen selbst nicht, was sie sagen, und in diesem Falle schaffen sie nur Konfusion, oder sie wissen es, und in diesem Falle verraten sie die Sache des Proletariats. In beiden Fällen dienen sie nur der Reaktion.

Der politische Indifferentismus. (L'indifferenza in materia politica.)

Von Karl Marx.

Die Arbeiterklasse darf keine politische Partei bilden, unter keinem Vorwand darf sie eine politische Aktion unternehmen, weil den Kampf gegen den Staat führen, hieße den Staat anerkennen, und das widerspricht den ewigen Prinzipien! Die Arbeiter dürfen keine Streiks führen, denn einen Kampf führen, um die Erhöhung des Arbeitslohnes zu erzwingen oder um seiner Kürzung entgegenzutreten, hieße das System der Lohnarbeit anerkennen, und das steht im Widerspruch mit den ewigen Prinzipien der Befreiung der Arbeiterklasse!

Wenn sich die Arbeiter in ihrem politischen Kampfe gegen den bürgerlichen Staat vereinigen, um Konzessionen zu erreichen, dann schließen sie Kompromisse, und das widerspräche den ewigen Prinzipien! Man muß daher jede politische Bewegung verdammen, wie sie zu unternehmen die englischen und amerikanischen Arbeiter die schlechte Gewohnheit haben. Die Arbeiter sollen nicht ihre Kräfte vergeuden, um eine legale Grenze des Arbeitstages zu erreichen, denn es hieße einen Kompromiß mit den Unternehmern schließen, die in einem Falle die Arbeiter nur 10. oder 12 Stunden statt 14 oder 16 schänden könnten. Ebenso dürfen sie sich nicht bemühen, um das gesetzliche Verbot der Fabrikarbeit von Mädchen unter zehn Jahren zu erreichen; denn durch dieses Mittel wird noch nicht die Exploitation der Knaben unter zehn Jahren aufgehoben. Es hieße wieder einen neuen Kompromiß schließen, und das hätte die Reinheit der ewigen Prinzipien beeinträchtigt!

Die Arbeiter dürfen noch weniger verlangen, daß, wie es in den Vereinigten Staaten geschieht, der Staat, dessen Budget auf der Exploitation der Arbeiterklasse beruht, verpflichtet wäre, den Kindern der Arbeiter Elementarunterricht zu gewähren, denn Elementarunterricht ist noch nicht Universalunterricht. Es ist besser, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht lesen, nicht schreiben, nicht rechnen können, als daß sie den Unterricht von einem Lehrer in der Staatschule bekommen. Es ist viel besser, daß die Unwissenheit und eine tägliche Arbeit von 16 Stunden die Arbeiterklasse verdummen, als daß die ewigen Prinzipien gebrochen werden!

Wenn der politische Kampf der Arbeiterklasse revolutionäre Form annimmt, wenn die Arbeiter an Stelle der Diktatur der Bourgeoisie ihre revolutionäre Diktatur setzen, dann begehen sie das schreckliche Verbrechen der Prinzipienbeleidigung, denn um ihre kläglichen profanen Tagesbedürfnisse zu befriedigen, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen, gehen sie dem Staat eine revolutionäre und vorübergehende Form, statt die Waffen niederzulegen und den Staat abzuschaffen. Die Arbeiter dürfen keine Gewerkschaften bilden, denn es hieße die gesellschaftliche Arbeitsteilung, wie sie in der bürgerlichen Gesellschaft existiert, verewigen. Ist doch diese Arbeitsteilung, die die Arbeiter trennt, wirklich die Grundlage ihrer Sklaverei.

Mit einem Worte, die Arbeiter sollen die Hände kreuzen und nicht ihre Zeit auf politische und ökonomische Bewegungen verschwenden. Alle diese Bewegungen können ihnen nichts als unmittelbare Resultate bringen. Als wirklich religiöse Leute müssen sie, die Tagesbedürfnisse verachtend, voll von Glauben schreien: „Gekreuziget werde unsere Klasse, untergehen möge unsere Klasse, wenn nur die ewigen Prinzipien makellos bleiben!“ Wie fromme

Christen müssen sie den Worten des Priesters glauben, die Güter dieser Erde verachten und nur danach trachten, das Paradies zu gewinnen. Lesen sie statt Paradies die *soziale Liquidation*, die an einem schönen Morgen in irgend einem Winkel dieser Welt vor sich gehen soll — niemand weiß, wie und wer sie verwirklichen wird —, und der Betrug ist gänzlich derselbe.¹

In Erwartung dieser famosen sozialen Liquidation muß die Arbeiterklasse sich wie eine wohlgenährte Herde Schafe anständig betehmen, die Regierung in Ruhe lassen, die Polizei fürchten, die Gesetze achten und sich ohne Klagen zum Kanonenfutter hergeben.

In ihrem alltäglichen Leben müssen die Arbeiter die gehorsamsten Diener des Staates bleiben, in ihrem Innern aber müssen sie auf das energischste gegen seine Existenz protestieren und ihre tiefe theoretische Verachtung für ihn durch Kaufen und Lesen von Broschüren über die Abschaffung des Staates bezeugen; sie müssen sich hüten, der kapitalistischen Ordnung einen anderen Widerstand entgegenzusetzen als Deklamationen über die Gesellschaft der Zukunft, in der diese verhaßte Ordnung verschwinden wird!

Niemand wird bestreiten, daß, hätten sich die Apostel der politischen Abstimmungen so klar ausgesprochen, die Arbeiterklasse sie alsbald zum Teufel geschickt und alles das nur als eine Beleidigung durch einige doktrinaire Bourgeois und verkommene Junker aufgefaßt hätte, die so dumm oder so klug seien, ihr jedes reale Kampfmittel zu verweigern, weil man alle diese Kampfmittel in der heutigen Gesellschaft ergreifen muß, und weil die fatalen Bedingungen dieses Kampfes das Unglück haben, sich nicht den idealistischen Phantasien anzupassen, die unsere Doktoren der Sozialwissenschaft unter den Namen Freiheit, Autonomie, Anarchie als Göttinnen erklärt haben. Die Bewegung der Arbeiterklasse ist aber jetzt so stark, daß diese philanthropischen Sektierer nicht den Mut haben, über den ökonomischen Kampf dieselben großen Wahrheiten zu wiederholen, die sie unaufhörlich auf dem politischen Gebiet proklamieren. Sie sind zu feig, um diese Wahrheiten auch auf die Streiks, Koalitionen, Gewerkschaften, auf die Gesetze über Frauen- und Kinderarbeit, über die Regulierung des Arbeitstags usw. anzuwenden.

Sehen wir nun zu, inwieweit sie sich auf alte Traditionen, auf die Scham, auf die Ehrlichkeit, auf ewige Prinzipien berufen können.²

Die ersten Sozialisten (Fourier, Owen, Saint-Simon usw.) sahen sich — da die sozialen Verhältnisse noch nicht genug entwickelt waren, um der Arbeiterklasse die Konstituierung als politische Partei zu ermöglichen — gezwungen, sich auf Schilderung der Mustergesellschaft der Zukunft zu beschränken und daher alle Versuche, wie Streiks, Koalitionen, politische Aktion zu verurteilen, die von Arbeitern unternommen worden waren, um ihre Lage etwas zu verbessern. Wenn wir aber kein Recht haben, diese Patriarchen des Sozialismus zu verleugnen, ebensowenig wie die modernen Chemiker ihre Väter, die Alchimisten, müssen wir uns doch hüten, in die alten Fehler zurückzufallen, denn von uns jetzt wiederholt, wären sie unverzeihlich.

¹ Anspielung auf die Resolution von Rimini.

N. N.

² Wieder eine Anspielung auf die Anklagen der schamlosen Fälschung, des ehrlosen Betrugs.

N. N.

Trotzdem veröffentlichte viel später — im Jahre 1839, als der politische und ökonomische Kampf der Arbeiterklasse in England einen schon stark ausgeprägten Charakter annahm — Bray, ein Schüler Owens und einer derjenigen, die schon lange vor Proudhon den Mutualismus entdeckten, ein Buch: *Labours Wrongs and Labours Remedy*.

In einem Kapitel über die Unwirksamkeit aller Rettungsmittel, die man durch den Gegenwartskampf erreichen will, gibt er eine bittere Kritik sowohl aller ökonomischen wie der politischen Bewegungen der englischen Arbeiterklasse. Er verurteilt die politische Bewegung, die Streiks, die Verkürzung des Arbeitstages, die Regulierung der Fabrikarbeit der Frauen und Kinder, weil alles das, glaubt er, die Arbeiter, statt sie aus dem heutigen Zustand der Gesellschaft hinauszuführen, nur an diesen kettet und ihre Gegensätze noch mehr verschärft.

Und jetzt kommen wir zu dem Orakel unserer Doktoren der sozialen Wissenschaft, zu Proudhon. Obwohl der Meister es fertig brachte, sich energisch gegen alle ökonomischen Bewegungen (Koalitionen, Streiks usw.), die in Widerspruch zu den erlösenden Theorien seines Mutualismus standen, auszusprechen, förderte er doch durch seine Schriften und seine persönliche Teilnahme den politischen Kampf der Arbeiterklasse, und seine Schüler wagten nicht, gegen diese Bewegung offen aufzutreten. Schon im Jahre 1847, als das große Werk des Meisters, die „Philosophie des Elends“ oder „Die Widersprüche der Nationalökonomie“ erschien, habe ich alle seine Sophismen gegen die Arbeiterbewegung widerlegt.¹ Aber im Jahre 1864, nach der Loi Ollivier, die, wenn auch in sehr beschränktem Maße, den französischen Arbeitern das Koalitionsrecht gewährte, kommt Proudhon in einem Werke, das einige Tage nach seinem Tode² veröffentlicht worden ist — „Die politische Fähigkeit der Arbeiterklassen“³ —, wieder auf dasselbe Thema zurück.

Die Angriffe des Meisters gefielen der Bourgeoisie so sehr, daß die „Times“ anlässlich des großen Streiks der Schneider in London im Jahre 1866 Proudhon die Ehre erwiesen, sie zu übersetzen und die Streikenden mit seinen eigenen Worten zu verurteilen. Wir lassen einige Proben folgen:

Die Bergarbeiter in Rive de Gier waren in einen Streik getreten, und die Soldaten eilten herbei, um ihnen die Vernunft einzupauken.

„Die Autorität, welche die Bergarbeiter von Rive de Gier niederschließen ließ, befand sich in einer unglücklichen Situation. Aber sie handelte wie der alte Brutus, der im Zwiespalt zwischen seinen Gefühlen als Vater und seiner Pflicht als Konsul seine Kinder opfern sollte, um die Republik zu retten. Brutus zögerte nicht, und die Nachwelt hat nicht gewagt, ihn deswegen zu verdammen.“⁴

¹ Siehe in dem Büchlein „Das Elend der Philosophie“, Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“, Paris 1847, das zweite Kapitel, § 5, „Streiks und Arbeiterkoalitionen“.

² Proudhon starb am 19. Januar 1865.

³ Proudhon, P. S., *De la capacité politique des classes ouvrières*. Paris 1865. Herausgegeben von G. Chaubey, der auch das Schlußkapitel schrieb. Marx zitiert eine Ausgabe vom Jahre 1868. Wir geben die Zitate nach der ersten. N. N.

⁴ Proudhon, a. a. O., S. 413. Er wiederholt nur dasselbe, was er noch 1846 in seinen „Widersprüchen“ (vergl. die deutsche Übersetzung von W. Jordan, Leipzig 1848, erster Band, S. 361 bis 362) gesagt hat. Es hieße aber Proudhon Unrecht tun, wie wir oben bemerkten, wollten wir sagen, daß er diese Methode rechtfertigt. Er ist nur in seinem Wunsche, die Widersprüche der heutigen Gesellschaft grell zu be-

Kein Arbeiter wird sich erinnern, daß noch je ein Bourgeois zögerte, seine Arbeiter zu opfern, um seine Interessen zu retten. Was für Brutusse sind doch die Bourgeois!

„Nein, es gibt ebensowenig ein Recht auf Koalition, wie es ein Recht auf Erpressung, auf Gaunerei und Diebstahl gibt, ebensowenig wie es ein Recht auf Blutschande oder Ehebruch gibt.“¹

Man muß sagen, daß es gewiß ein Recht auf *D u m m h e i t* gibt.

Was sind das aber für ewige Prinzipien, in deren Namen der Meister seine Abrakadabra-Bannflüche schleudert?

Das ewige Prinzip Nr. 1: „Die Höhe des Arbeitslohns bestimmt den Preis der Waren.“

Sogar denjenigen, die keine blasse Ahnung von der politischen Ökonomie haben und nicht wissen, daß der große bürgerliche Ökonom Ricardo in seinem Werke: „Prinzipien der politischen Ökonomie“, erschienen im Jahre 1817, ein für allemal diese traditionelle Irrlehre widerlegt hat, ist doch die bedeutungsvolle Tatsache der englischen Industrie bekannt, die ihre Waren zu einem niedrigeren Preise als irgend ein anderes Land verkaufen kann, trotzdem die Arbeitslöhne in England relativ höher sind als in irgend einem anderen Land Europas.

Das ewige Prinzip Nr. 2: „Das Gesetz, das die Koalitionen gestattet, ist durchaus antijuristisch, antiökonomisch, es widerspricht jeder Gesellschaft und jeder Ordnung.“² Mit einem Worte, „es widerspricht dem ökonomischen Rechte der freien Konkurrenz“. Wäre der Meister weniger national beschränkt, so hätte er sich gefragt, wie es kommen konnte, daß noch vor vierzig Jahren ein Gesetz in England promulgiert wurde, das in solchem Grade dem ökonomischen Rechte der freien Konkurrenz widerspricht, warum sich dieses Gesetz in dem Maße, als die Industrie sich entwickelt und zugleich mit ihr die freie Konkurrenz, „das jeder Gesellschaft und jeder Ordnung so widerspricht“, wie eine eiserne Notwendigkeit allen bürgerlichen Staaten aufdrängt. Er hätte vielleicht entdeckt, daß sich dieses Recht („Droit“ mit einem großen D) nur in ökonomischen Lehrbüchern findet, die von den unwissenden Brüdern der bürgerlichen politischen Ökonomie verfaßt sind, in denselben Lehrbüchern, die auch Perlen wie folgende enthalten: „Das Eigentum ist die Frucht der Arbeit . . .“ anderer, vergessen sie hinzuzufügen.

Das ewige Prinzip Nr. 3: „So wird man unter dem Vorwand, die Arbeiterklasse aus ihrer sogenannten sozialen Erniedrigung zu erheben, damit beginnen, eine ganze Klasse von Bürgern in Vausch und Wogen zu demütigen: die Klasse der Meister, der Unternehmer, der Fabriksherren und Bürger. Man wird die Demokratie der Handarbeiter aufrufen zur Geringschätzung und zum Haß gegen jene fürchterlichen und ungreifbaren Verschwörer aus der Mittelklasse. Dem gesetzlichen Zwang wird man den Kampf in Handel und Industrie vorziehen, der Staatspolizei den Klassenkampf.“³

leuchten, in seiner paradoxalen Parallele zu weit gegangen. Und Marx schreibt nach Rubin und Ricamarie, wo sich die Brutusse des zweiten Kaiserreiches noch „heldenhafter“ benommen haben!

N. N.

¹ Proudhon, a. a. D., S. 421. ² Derselbe, a. a. D., S. 424. ³ Derselbe, a. a. S., S. 426.

Um der Arbeiterklasse den Ausweg aus ihrer sogenannten sozialen Erniedrigung zu versperren, verurteilt der Meister die Koalitionen, die die Arbeiterklasse als eine feindliche Klasse der respektablen Kategorie der Fabriksherrn, Unternehmer, Bourgeois entgegenstellen, die gewiß, wie Proudhon, die Staatspolizei dem Klassenkampf vorziehen. Um diese respektable Klasse von jeder Unannehmlichkeit zu befreien, empfiehlt der gute Proudhon bis zum Eintritt der mutualistischen Gesellschaft den Arbeitern die Freiheit oder Konkurrenz, die trotz ihrer großen Übelstände doch „unsere einzige Garantie“ bildet.¹

Der Meister predigte Indifferentismus auf dem ökonomischen Gebiet, um die Freiheit oder Konkurrenz, unsere einzige Garantie, sicherzustellen, die Schüler predigen Indifferentismus auf dem politischen Gebiet, um die bürgerliche Freiheit, ihre einzige Garantie, sicherzustellen. Wenn die ersten Christen, die auch den politischen Indifferentismus predigten, die starke Hand eines Kaisers benutzten, um sich aus Unterdrückten in Unterdrücker zu verwandeln, so glauben die modernen Apostel des politischen Indifferentismus gar nicht daran, daß ihre ewigen Prinzipien ihnen auch die Enthaltung von weltlichen Genüssen und vergänglichem Privilegien der bürgerlichen Gesellschaft auferlegen. Wie dem auch sei, müssen wir sagen, daß sie mit einem Stoicismus, würdig der christlichen Märtyrer, die 14 oder 16 Arbeitsstunden ertragen, die auf den Fabrikarbeitern lasten.

London, Januar 1873.

Zur Steuerfrage.

Von **Spectator**.

Genosse Wurm hat durch seine Leitsätze und das Referat auf dem Parteitag das Problem der Steuerüberwälzbarkeit aufgerollt. Er hat darin recht, daß das Steuerproblem nicht nur für unsere Tätigkeit in den gesetzgebenden Körperschaften, sondern auch für unsere ganze Agitation von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Es ist deshalb mit dem Genossen Emmel zu bedauern, daß auf dem Parteitag gerade der theoretische Teil der Steuerfrage nicht zur Verhandlung gekommen ist, und ich möchte daher, dem Wunsche des Genossen Wurm entsprechend, daß die Erörterungen darüber in der Parteipresse weitergepflegt werden sollen, hier einige Bemerkungen zu seinen Leitätzen machen.

Ich habe schon in der „Dresdener Volkszeitung“ darauf hingewiesen, daß es nicht angeht, die Wirkung der Steuern nach den örtlichen und Konjunkturverhältnissen beurteilen zu wollen. Die Abwälzbarkeit der Steuern hängt nach Wurm vom Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot ab. So meint er zum Beispiel, daß die Grundsteuer nur dann eine direkte ist, wenn das Angebot von Bodenprodukten größer ist als die Nachfrage. Dies sei der Fall, seit der Weltmarkt die Preise festsetzt. Nun ist es aber heute gerade umgekehrt der Fall, daß die Nachfrage nach Bodenprodukten das Angebot rasch übersteigt. Daher doch die Steuerung. Folglich müßten wir nach Wurm annehmen, daß die Grundsteuer heute eine indirekte Steuer ist. Schon dieses Beispiel zeigt deutlich, wie falsch es ist, die

¹ Proudhon, a. a. O., S. 422.

Wirkung der Steuern von den Konjunkturverhältnissen abhängig machen zu wollen.

Genosse Wurm dachte wohl, die Wirkung der Steuern in folgender Weise herausfinden zu können. Die Steuern können den Warenpreis beeinflussen, da dieser aber vom Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage abhängt, so entscheidet dieses Verhältnis auch über die Wirkung der Steuern. In Wirklichkeit sind es ganz andere Faktoren, von denen die Abwälzbarkeit der Steuern abhängt. Bleiben wir bei unserem Beispiel. Was bestimmt den Preis der Bodenprodukte? Der Börsenpreis des Getreides hängt in der Tat vom Verhältnis der Nachfrage zum Angebot ab; der volkswirtschaftliche Durchschnittspreis für einen längeren Zeitraum aber wird durch die Produktionskosten (plus Transportkosten usw. natürlich) unter den jeweils ungünstigsten Bedingungen bestimmt. Erhöht eine Steuer diese Kosten, so erhöht sie den Bodenproduktenpreis; läßt sie diese aber unberührt, ganz gleich, wie sich die Marktverhältnisse sonst stellen, so wirkt sie auch auf den Preis nicht. Der Weizenpreis wird also in Argentinien oder Rußland bestimmt, und zwar nach den Produktionskosten auf den Feldern, die am entferntesten vom Marke liegen oder die am wenigsten produktiv sind. Rußland hat eine ziemlich hohe Grundsteuer. Der Bauer war aber aus sozialen Verhältnissen und infolge der Zersplitterung des Grundbesitzes außerstande, diese auf den Konsumenten abzuwälzen. Indes nicht er, sondern der Großgrundbesitzer des Südens führt Weizen aus. Es ist also wahrscheinlich, daß der deutsche Konsument des russischen Weizens einen Teil der russischen Grundsteuer trägt, wenn Rußland und nicht Argentinien oder ein anderes Land die Weizenpreise bestimmt.

Dagegen wirkt die deutsche Grundsteuer auf jeden Fall wie eine direkte Steuer, weil die Getreidepreise doch nicht in Deutschland bestimmt werden. Wichtiger ist es noch, daß die heutige Grundsteuer in einem Lande mit intensiver Wirtschaft die Produktion geradezu fördert und nicht einschränkt.

Ebenso falsch ist es, anzunehmen, daß die Gebäude-, Wohn- und Mietsteuer den Mieter belasten, falls die Nachfrage nach Wohnungen das Angebot übersteigt. Diese Behauptung wurde schon seinerzeit von Nachimson in der „Neuen Zeit“ bestritten, und seine Ausführungen sind noch von niemanden widerlegt worden.

Ganz unbegreiflich ist es, wie Wurm zu der Auffassung kommen konnte, daß die Wertzuwachssteuer in den Städten abgewälzt werden kann. Er beruft sich dabei auf das „Berliner Tageblatt“. Seit wann ist aber dieses Börsenblatt eine Autorität in theoretischen Fragen geworden? Und wenn die Wertzuwachssteuer eine indirekte Steuer ist, warum wirkt die Vermögenszuwachssteuer in den Städten direkt? Wodurch eigentlich unterscheiden sich diese beiden Anwendungsarten derselben Steuer? Ebenso unverständlich ist der Unterschied, den Wurm zwischen der Wertzuwachssteuer auf Bauplätzen und der Grundstückumsatzsteuer macht. Nicht die Form, noch die Erhebungsart der Steuern ist für ihre Wirkung ausschlaggebend, sondern das sind die allgemeinen volkswirtschaftlichen Verhältnisse bestimmter Epochen. Daß die Nachfrage nach Wohnungen in den Großstädten in der Regel größer ist als das Angebot, gibt den Hausbesitzern noch nicht die

Macht, die Umsatzsteuern auf die Mieter abzuwälzen. Vielmehr belasten diese entweder die Grund- oder die Hausbesitzer selbst, weil die Höhe der Mietpreise von ganz anderen Momenten abhängt, die mit diesen Steuern heute selten etwas zu tun haben.

Wie mit den Ansichten über die Überwälzbarkeit der Steuern, so kann ich mich auch mit den Steuerprinzipien des Genossen Wurm nicht ganz einverstanden erklären; sie scheinen mir von denen der bürgerlichen Demokratie des vorigen Jahrhunderts beeinflusst zu sein. Die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist ein gut Ding, darf aber nicht ausschlaggebend sein, vielmehr haben wir auf die wirtschaftliche Entwicklung zu achten. Die Steuern dürfen den Prozeß des wirtschaftlichen Lebens möglichst wenig stören. Daher hatte die klassische Volkswirtschaftslehre recht, wenn sie sich gegen indirekte Steuern aussprach. Zumal heute, wenn diese mit Produktionskontingentierung und Liebesgaben verbunden sind, wären sie auch dann schädlich, wenn sie den Lohn nicht oder nur gering belasten würden. Insofern ist die Form der Erhebung keineswegs belanglos. Viel wichtiger ist aber die Unterscheidung der Steuern nach den volkswirtschaftlichen Quellen, aus denen sie entnommen werden: aus der Grund-, Haus- oder Kartellrente oder aus dem Profit und Zins. In gewissen Wirtschaftsepochen spielen die einzelnen Einnahmequellen der Gesellschaft eine verschiedene Rolle, und demnach müssen die Steuern anders gestaltet sein. In einem Lande, wo der größte Teil der Bevölkerung von kleinem Grundbesitz lebt, ist die Grundsteuer gewiß nicht zu empfehlen; andererseits wird die Einkommensteuer heute, wenn der Geldwert relativ rasch sinkt, sich leicht in eine Lohnsteuer verwandeln, wie dies tatsächlich in Preußen der Fall ist. Deshalb ist es ratsam, die Vermögenssteuer nicht als Ergänzungssteuer, wie Wurm will, zu empfehlen, sondern sie zur Grundlage des Steuersystems zu machen. Das rasch anwachsende Vermögen, das sich in wenigen Händen konzentriert, bietet die beste Veranlagungsgrundlage für eine *V e r m ö g e n s s t e u e r*. Sie kann durch eine Steuer auf das große Einkommen der Direktoren, Aufsichtsräte usw. ergänzt werden. Vor allem wäre empfehlenswert, das hohe Einkommen aus geringem Vermögen, also den *M o n o p o l - p r o f i t*, schärfer zu besteuern. Denn sein Anschwellen hemmt geradezu den wirtschaftlichen Fortschritt, ebenso wie die hohe Grundrente die agrarische Entwicklung hintanhält. Wir leben in einer Zeit des raschen Anwachsendens der Grund-, Haus-, Gruben- und Kartellrente.¹ Und „im Geiste der Zeit“ wird es liegen, wenn wir gerade diese Einnahmequellen für den Staat nutzbar machen. Dies kann aber am besten nicht durch eine progressive Einkommensteuer, ergänzt durch eine Vermögenssteuer, sondern mittels einer Vermögenssteuer geschehen, die das aus ihm gezogene Einkommen progressiv um so höher trifft, je größer es im Verhältnis zum Vermögen ist. Wenn ein und dasselbe Grundstück bei fast gleichem Betriebskapital *s t e i -*

¹ Ich nenne den Monopolprofit der Kartelle „Rente“ nach der Analogie mit der Grundrente, da er meist den Unterschied in den Produktionskosten verschiedener Unternehmungen darstellt und einen dauernden Charakter hat. Ich behalte es mir aber vor, die Kartellrente noch näher zu untersuchen. Hier genügt es aber, festzustellen, daß ein Teil der herrschenden Klassen sich eine neue Einnahmequelle geschaffen hat, die besonders besteuert werden kann und muß.

gende Gewinne abwirft, so muß es auch relativ stärker belastet werden als das gleiche Einkommen aus gewerblichen Unternehmungen. Wirft ein gewerblicher Betrieb einen über den Landesdurchschnitt hohen Gewinn ab, so muß er stärker besteuert werden als selbst ein höherer Gewinn, der aber aus einem größeren Kapital fließt. Dadurch treffen wir den Monopolgewinn und zwingen zu Kapitalinvestierungen, fördern also den technischen Fortschritt.

Kurz, nicht die Leistungsfähigkeit der Person, sondern der Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Fortschritts unter den jeweiligen ökonomischen Verhältnissen muß für die Wahl der Steuerart maßgebend sein. Daher ist eine Vermögens- einer Einkommensteuer und die Grund-, Grunderwerb- und Haussteuer der Gewerbesteuer vorzuziehen. Was die Verkehrssteuern aber anbelangt, so bin ich mit Wurm einverstanden, daß einzelne von ihnen in gewissen Fällen ganz brauchbar wären; nur muß man sich hüten, hier den Bogen zu überspannen, weil diese Steuern sonst zu Störungen im Wirtschaftsleben führen können. So können gewisse Börsensteuern leicht eine Kapitalabwanderung nach dem Ausland hervorrufen oder die Entwicklung der internationalen Kapitalbeziehungen und mit ihnen den Gang der Weltwirtschaft hemmen.

Zur Stellung der Partei zum Gebärstreik.

Von Oda Olberg (Rom).

Die beiden Berliner Versammlungen, in denen über den Gebärstreik verhandelt wurde, scheinen mir besser als irgend ein anderes Ereignis der jüngsten Parteigeschichte geeignet, den Parteigenossen und den Fernstehenden den tatsächlichen sozialen und ethischen Einfluß unserer Partei zum Bewußtsein zu bringen. Zweifellos kann die Partei auf die im geistigen Leben der Massen getane Arbeit stolz sein, deren Ergebnis in diesen Versammlungen zum Ausdruck kam, denn es steckt schon eine ungeheure Summe von Parteiarbeit dahinter, hinter diesem Bedürfnis des einzelnen, sein persönliches Verhalten, das, was seine eigenste Privat Sache scheint, im Lichte seines Parteistrebens zu bewerten. Auch der Gedanke derer, die von der Partei erwarten, sie sollte aus einer in unserer Gesellschaft immer allgemeiner und schärfer hervortretenden Tendenz ein Werkzeug ihrer Eroberung machen, zeugt dafür, daß die Sozialdemokratie als etwas anderes und als mehr gilt denn als eine politische Partei: als eine Kulturbewegung, in deren Bereich all unsere Wertschätzungen fallen, und die das Recht und die Pflicht hat, jede soziale Erscheinung für ihren Zweck nutzbar zu machen. Nichts zeigt deutlicher als diese Versammlungen, wie groß die Verantwortlichkeit der Partei heute ist. Wem so viel Einfluß zukommt, von dem wird billigertweise strenge Rechenschaft gefordert werden.

Der Gedanke, den Gebärstreik den Waffen zuzugesellen, deren sich das Proletariat in seinem Kampfe bedienen soll, scheint mir nicht das Wesentliche und Entscheidende der durch die beiden Massenversammlungen eröffneten Diskussion. Selbst wenn man diesen Gedanken ganz und gar ablehnt, bleibt die Tatsache der willkürlichen Beschränkung der Fruchtbarkeit bestehen, und gegenüber dieser Tatsache muß die Partei Stellung nehmen.

Vielleicht ist sie von allen moralischen Machtfaktoren unserer Zeit in Deutschland am meisten befähigt, hier durch ihre Stellungnahme praktischen Einfluß auszuüben.

Es sei gleich vorweggenommen, daß ich der Überzeugung bin und hier von der Voraussetzung ausgehe, daß die Parole des Gebärstreiks, wenn sie von unserer Partei ausgegeben würde, zu einem gewaltigen Rückgang der Geburten führen müßte. Die willkürliche Einschränkung der Fruchtbarkeit besteht ohnehin, seit die technischen Voraussetzungen, wenigstens unter der städtischen Bevölkerung, auch den wenig Bemittelten zugänglich sind. Das Beispiel, die unmittelbar fühlbare wirtschaftliche Erleichterung, die immer mehr verbreitete Auffassung, daß es die Dummen, die Gereingefallenen sind, die es zu einer größeren Kinderzahl bringen, fallen heute schon sehr stark ins Gewicht. Man lasse nun unsere Partei noch ihren Einfluß in die Waagschale werfen, lasse den durch Selbstsucht, Bequemlichkeit, mangelndes Vertrauen auf Leben und Zukunft nahegelegten Verzicht als ein Gebot der Klassen-solidarität erscheinen, man gebe ihm einen idealen Sintergrund, und man wird einen jähen, katastrophenartigen Absturz der Geburtenzahlen eintreten sehen, wie er in der bisherigen Bevölkerungsbewegung seinesgleichen nicht hat. Und zwar würde sich diese Wirkung nicht auf die im Bannkreis der Partei stehenden Schichten beschränken. Wenn die Partei den Zweck wollte, müßte sie auch die Mittel wollen: sie müßte also die Verbreitung der neomalthusianischen Technik fördern. Das würde unter der durch Not, Überarbeitung und Wohnungselend schon für die Sache gewonnenen Masse ganz anders einschlagen als die gewerkschaftliche und politische Organisation. Wenn die Partei wirklich, was für mich außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liegt, den Gebärstreik in ihre Taktik aufnehmen wollte, so würde sie gegenüber der Zukunft des Proletariats, ja gegenüber der Zukunft der Kultur eine Verantwortlichkeit auf sich nehmen, die größer wäre als irgend eine, die ihr bisher zugefallen ist. Viel von dem, was die Partei berät und beschließt, hat nur akademischen Wert. Die Wirklichkeit läßt uns reden und geht ihren Gang. Nicht so bei dieser Frage. Hier würde ein Parteibeschluß sofortige praktische Folgen zeitigen, und zwar Folgen, denen gegenüber die Partei, nachdem sie sie einmal ausgelöst hätte, wahrscheinlich machtlos wäre. Es handelt sich also um eine Frage von geradezu unermeßlicher praktischer Tragweite.

Über den Plan, den Gebärstreik dazu zu verwerten, die Kampfstellung des Proletariats gegenüber dem Bürgertum zu verbessern, will ich mich kurz fassen. So schwer es sein mag, die wesentlichen wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu ermessen, die sich aus einem starken und plötzlichen Rückgang der Fruchtbarkeit des städtischen Proletariats ergeben würden, so lassen sich doch gewisse Folgen mit einiger Bestimmtheit voraussagen, und sie sind nicht derart, daß sie eine Verbesserung der Kampfstellung der proletarischen Massen verheißten.

Wenn es sich nur darum handelte, sich in eine gegebene Gütermenge zu teilen, so würde natürlich die Verminderung der Zahl der Bewerber den Anteil des einzelnen erhöhen, aber der Zahlenrückgang des Proletariats bedeutet nicht nur Rückgang der Bewerber, sondern Verringerung der Produzenten und, was noch wichtiger ist, Herabsetzung der numerischen Macht einer um ihren gesellschaftlichen Ertragsanteil kämpfenden Klasse. Das

Proletariat steht der Bourgeoisie schon längst nicht mehr ausschließlich als die Klasse gegenüber, die gegen Lohn Arbeit leistet. Es hat Einfluß als Konsument, hat politischen Einfluß und fällt auch in dem Maße ins Gewicht, als es tatsächlich materielle Macht entfalten, als es Gewalt ausüben kann. Hinter der politischen Macht der Arbeiterklasse steht immer die der Möglichkeit nach gegebene physische Gewalt. Wenn die herrschende Klasse sicher wäre, daß bei einem gewalttätigen Austrag zwischen ihr und dem Proletariat der Sieg auf ihrer Seite bliebe, würde sie die politische Macht der Arbeiterklasse viel geringer anschlagen, als sie es heute tut. Jede numerische Verringerung des Proletariats muß notwendig die politische Macht verringern und die Fähigkeit, die Klassenzwecke durch Gewalt zu behaupten.

Aber auch auf rein ökonomischem Gebiet ist eine Verbesserung der Kampfstellung kaum zu erwarten. Man bedenke, daß der Geburtenausfall sich viel eher auf dem Gebiet des Konsums als auf dem der Produktion und gar auf dem der Landesverteidigung fühlbar machen würde. Mindestens für einen Zeitraum von zwölf Jahren ist das Kind ausschließlich Konsument. Der Verminderung der Verbraucher muß ein Rückgang des Verbrauchs entsprechen. Selbst wenn das proletarische Ehepaar, was allen bisherigen Erfahrungen mit kleinen Familien widerspricht, anstatt Ersparnisse zurückzulegen, seine Lebenshaltung in dem Maße erhöhen würde, daß es jährlich für denselben Geldwert Ware verbraucht, so würde doch eine mächtige Verschiebung der Nachfrage entstehen und dadurch mehr oder weniger langwierige Krisen. Längst ehe sich ein verringertes Angebot von Arbeitskräften fühlbar macht, darf man vielleicht mit einem Preissturz der Lebensmittel des Massenkonsums rechnen — Kartoffeln, Roggen, Weizen —, aber dieser würde unmittelbar in der Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion seine Korrektur finden. Die Folge dieser Erscheinung wäre eine Verstärkung der Landflucht. Trotz sinkender Bevölkerungszahl dürfte man ein stetes Wachstum der städtischen Zentren erwarten, so daß der Ausfall an Nachwuchs zunächst mehr als gedeckt würde durch Angebot ländlicher Arbeitskräfte. Dann käme die durch Genossen Kautsky betonte Hinzuziehung auswärtiger Arbeiter in Betracht. Man hätte also mit einer Reihe von wirtschaftlichen Störungen zu rechnen, die das Deutsche Reich nicht der ökonomischen Rückständigkeit Frankreichs zuzuführen brauchten, sondern sehr wohl, angesichts des einmal erreichten Standes der kapitalistischen Entwicklung, zur Ausmerzungen der kleinen und mittleren Unternehmungen und zu wachsender Verruftung und Kartellbildung führen könnten, mit Massenbezug außereuropäischer Arbeiter, gewaltigen technischen Verbesserungen, um menschliche Arbeitskraft entbehrlich zu machen, zu verschärftem und gewalttätigem Kampfe um die auswärtigen Märkte usw.

Dem einzelnen mag die Last zunächst leichter geworden sein: die Masse steht aber nun mit gelichteten Reihen da. Und die Reihen würden um so mehr gelichtet sein, je fortgeschrittener die proletarische Schicht ist. Die Bourgeoisie würde nicht hungern, weil es ihr an Arbeitskräften fehlt, ihre Grenzen nicht unverteidigt lassen, weil die Soldaten mangeln, sondern sie wäre nur gezwungen, ihre Ausbeutungsmethoden zu vervollkommen, stärker gemacht durch die dem Bürgertum günstige Verschiebung des Zahlenverhältnisses der beiden Klassen.

„Die Qualität wird besser, das Proletariat also kampftüchtiger sein,“ kann man uns hier entgegenhalten. Das ist nun durchaus nicht eine ausgemachte Sache, wenn man unter Gebärstreik eine stark fühlbare Beschränkung der Geburten, etwa Ein- oder Zweifindersystem versteht. Die größere Tüchtigkeit der körperlichen Beschaffenheit ist fraglich. Die soziale Tauglichkeit des Nachwuchses ist aber in der Regel zweifellos in kleinen Familien geringer als in größeren. Es ist eine alltägliche Erfahrung, daß die einzigen Kinder die Tyrannen der Eltern sind und sich sehr häufig zu Egoisten auswachsen. Es fehlt ihnen die Erziehung, die die Geschwister einander vermitteln, die Zucht, die die Verhältnisse selbst aufzwingen und die viel wirksamer ist als alle Moralpredigten.

Freilich kann man auch sagen, daß es sich vorläufig nicht um die neue Generation handelt, sondern um die Eltern, die kampftüchtiger und kampffroher bleiben, wenn sie weniger mit Sorgen um den Nachwuchs belastet sind. Aber auch das gilt nur mit Einschränkung. Natürlich bleibt keine Energie zum Kämpfen oder auch nur zum Denken, wenn eine Proletarierin zehn oder fünfzehn Kinder aufziehen soll. Aber darum dreht sich ja die Diskussion nicht. Darin sind wir alle einig, daß es barbarisch wäre und auf eine völlig sinnlose Kraftverschwendung hinausläufe, einer Proletarierin in der Großstadt eine derartige Fruchtbarkeit zuzumuten. Aus den Arbeiten von Hamburgern wissen wir, daß die Chancen, ein Kind auszutragen und am Leben zu erhalten, bei Arbeiterfrauen mit der wachsenden Empfängniszahl immer geringer werden. Da in der sozialistischen Partei ihrer ganzen Weltanschauung nach kein prinzipieller moralischer Einwand gegen die willkürliche Beschränkung der Fruchtbarkeit bestehen kann, so darf man wohl annehmen, daß alle Parteigenossen, die über die Frage nachgedacht haben, darüber einig sind, die sinnlose Ausmergelung der proletarischen Mutter durch Gebären von Kindern, die frühzeitigem Tod geweiht sind, zu verwerfen. Den Gebärstreik als Taktik ablehnen heißt keinesfalls für unbeschränkte Fruchtbarkeit eintreten, für in kurzen Abständen folgende Niederkünfte, denen erst die durch Erkrankung bedingte Gebärfähigkeit ein Ende setzt, so daß Siechtum der Mutter und Tod der Kinder der völligen wirtschaftlichen Verelendung vorbeugen. Nicht Zweifindersystem und sich selbst ohne Willensregelung überlassene Fruchtbarkeit stehen einander gegenüber, sondern willkürliche Beschränkung auf eine geringe (ein bis zwei Kinder) oder auch eine größere (drei bis fünf) Zahl. Dem Gebären bis zur Erschöpfung ist in sozialistischen Kreisen meines Wissens nie das Wort geredet worden.

Verstehen wir uns also dahin, daß es sich nicht um Beschränkung oder Nichtbeschränkung, sondern um den Grad der Beschränkung handelt, so wüßte ich nicht einzusehen, warum Eltern von einem oder zwei Kindern gerade kampftüchtiger und kampffroher sein sollten als solche mit drei oder fünf. Im ganzen wächst der Mensch mit den Aufgaben, die er sich stellt. Andererseits ist die Sorge um das Wohl der Kinder und das Gefühl der Verantwortlichkeit für sie bei einem Kinde so groß wie bei fünf, und diese Sorge dämpft nun einmal den Wagemut und bringt es mit sich, daß Eltern nie ihr Leben und ihre wirtschaftliche Existenz so leichten Sinnes aufs Spiel setzen wie Menschen, die nur für sich selbst zu sorgen haben. Wollte man den einzelnen von der Bindung und Hemmung freimachen, die die Familie mit sich

bringt, dann müßte man mit den Vorschlägen noch radikaler und noch konkreter werden. Dann müßte man geradezu darauf abzielen, für den zeitlich im voraus zu bestimmenden „Entscheidungskampf“ eine proletarische Generation zu haben, in der der einzelne nur für sich selbst und nicht für schwächere, seiner Obhut anvertraute Wesen einzustehen hat. Man müßte so etwas wie eine heilige Schar anstreben, die für die gefährlichste Stellung bestimmt ist. Ähnliches hat die katholische Kirche durch das Böhlibat erreicht: sie wußte, daß die Familie bindet.

Das sind natürlich nur Gedankenpielereien. Im Ernst kann es der Partei nicht einfallen, derartig gewalttätig in das Einzelschicksal einzugreifen, ganz abgesehen von der praktischen Schwierigkeit und auch von der voraussichtlichen Folge, die wohl die Fähigkeit, das Alte niederzureißen, aber nicht die Kraft, Neues aufzubauen, entwickeln würde.

Wenn wir eingesehen haben, was den meisten schon von vornherein klar war, daß nichts damit gewonnen ist, der Bourgeoisie Ausbeutungsmaterial und Soldaten durch den Gebärstreik zu schmälern, so haben wir lediglich eine parteitaktische Frage gelöst, die nur für eine kleine Minderheit dringend war. Aber die Tatsache der immer weiter um sich greifenden Geburtenbeschränkung bleibt, und die Partei wird nicht umhin können, zu ihr Stellung zu nehmen. Es handelt sich hier nämlich nicht nur um eine Privatsache, bei der außer dem Ehepaar höchstens der Arzt mitzureden hätte. Was Folgen für die Gesamtheit hat, einschneidende Folgen, das muß im Sinne der Interessen dieser Gesamtheit bewertet werden, das fordert einen sozialen Maßstab und ist nicht nach Motiven wie eben die Privatsachen, sondern nach den Folgen zu beurteilen. Mit anderen Worten: in einer Frage wie der vorliegenden steht es dem denkenden Menschen nicht an, unter den ihn bestimmenden Motiven die sozialen Folgen außer acht zu lassen.

Die Tendenz, die Fruchtbarkeit zu beschränken, ist eine allgemeine Erscheinung, die sich in der ganzen Kulturwelt geltend macht und in ihr fast ohne Ausnahme mit der wachsenden Kultur wächst. Sie kommt nicht ausschließlich der kapitalistischen Kultur zu: war sie doch den herrschenden Klassen im alten Ägypten und denen des griechischen und römischen Altertums bekannt. Die willkürliche Geburtenbeschränkung folgt auch nicht vorwiegend der Industrialisierung; in der bisherigen Bevölkerungsbewegung bevorzugt sie sogar Länder und Landesteile mit überwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung und Kleingrundbesitz, woraus natürlich nicht geschlossen werden darf, daß das in der Folge so bleiben wird. Wir sehen diese Erscheinung mit steigender Wohlhabenheit, steigender Volksschulbildung, steigender politischer Betätigung der Massen an Stärke zunehmen, so daß man aus der heutigen Bevölkerungsbewegung die nur wenig Ausnahmen aufweisende Regel ablesen kann: je höher die Kultur, um so geringer die Kinderzahl. Hand in Hand mit niedriger Geburtenzahl gehen andere Erscheinungen der Bevölkerungsbewegung, wie Sinken der allgemeinen Sterblichkeit, Zunahme der Selbstmorde, Rückgang gewisser Krankheiten und Vermehrung anderer usw. Die Geburtenverminderung scheint eine so allgemeine und unabwendbare Folge der Kultur zu sein, daß manche daraus geschlossen haben, die Kultur sei eben berufen, ihr eigener Totengräber zu sein.

Das Beispiel Frankreichs, wo alle Bemühungen von Gesellschaften und Behörden sich gegenüber dem fortschreitenden Geburtenrückgang als ohn-

mächtig erweisen, scheint diese Auffassung zu bestätigen. Wir Sozialisten können uns vielleicht damit trösten, daß diese notwendige Beziehung von Geburtenrückgang und Kultur nur unter dem kapitalistischen Regime besteht, aber das wäre ein kümmerlicher Trost, denn inzwischen kann sie, wie das Beispiel Frankreichs zeigt, große Vermüstungen im Volkskörper anrichten und etwas wie eine „seelische Unfruchtbarkeit“ zeitigen, die auch nach Aufhebung der heutigen Wirtschaftsordnung fortbestehen könnte. Wenn wir also auch in der Geburtenbeschränkung lediglich eine Folge des kapitalistischen Regimes sehen wollen, so dürfen wir doch nicht sagen: wir bekämpfen den Rückgang, indem wir das Regime bekämpfen. Dabei könnte es zu leicht passieren, daß wir den Anschluß verfehlten, denn es handelt sich um Dinge, die vielleicht ein recht verschiedenes Tempo einhalten.

In übrigen ist es ja eine Binsenwahrheit, daß wir, während wir den Kapitalismus bekämpfen, seinen Folgeerscheinungen entgegentreten müssen, genau wie der Arzt seine Behandlung gleichzeitig gegen das Grundübel und gegen die Symptome richtet. Die kapitalistische Großindustrie drängt darauf hin, den Arbeiter zu einem Teilstück der Maschine zu machen, ihn seines Menschentums, seiner Persönlichkeit, der Gesundheit seiner Nerven zu berauben: die Gewerkschaftsbewegung, die Bildungsanstalten der Partei arbeiten dem entgegen. Ähnliches gilt von dem Alkoholmißbrauch, der vielleicht viel unmittelbarer an das Wirtschaftsregime gebunden ist als die Geburtenbeschränkung. Wenn wir also erkannt haben, daß das Zweikindersystem eine Schädigung der Gesellschaft und eine Verlangsamung der Kulturentwicklung zur Folge hat, und daß seine Übernahme durch das Proletariat dieses in seiner Kampftüchtigkeit und in seiner tatsächlichen Macht beeinträchtigt, so müssen wir gegen es Stellung nehmen wie gegen alle anderen kulturschädigenden Erscheinungen der Klassengesellschaft.

Daß die heutige Entwicklung, sich selbst überlassen, auch im Proletariat auf das Zweikindersystem hinausläuft, unterliegt für mich keinem Zweifel; es wurde auch in diesen Tagen auf dem vierten deutschen Kongreß für Säuglingschutz in dem Referat des Professors Dr. Julius Wolf ausgesprochen. Mir scheint, die Partei darf diese Erscheinung nicht sich selbst überlassen. Sie hat es bis jetzt vermocht, so viele Quellen des Idealismus freizulegen, von deren Dasein die Arbeiterklasse selbst vielleicht kaum wußte: sie kann heute an den Zukunftsglauben, an den Mut der Lebensbejahung in der Arbeiterklasse appellieren, um auf die Pflicht des Tüchtigen und Gesunden hinzuweisen, Tüchtigkeit und Gesundheit weiterzugeben. Der Sozialismus ist eine Weltanschauung, und man genügt ihm nicht durch Mitgliedskarten und Versammlungsbesuch. Er hat neben seinem politischen Programm sein Zukunftsziel, zu dessen Verwirklichung ein Geschlecht kräftiger und lebensfroher Menschen gehört. Im Zeichen des Zweikindersystems wächst ein solches Geschlecht nicht heran. Deshalb muß die Partei der Strömung entgegentreten, die eine größere Kinderzahl als Nützlosigkeit und altfränkische Dummheit belächelt. Wir wollen es offen aussprechen, daß wir den Parteigenossen höher schätzen, der fünf Kinder zu tüchtigen Menschen heranzieht, zu Arbeitern, wie er selber ist, als den, der sein einziges kümmerliches Sorgenkind studieren läßt. In der Bourgeoisie ist nachgerade die Sorge, was man seinen Kindern hinterläßt, zur lähmenden Zwangsvorstellung geworden; die Menschen werden geradezu erdrückt von einem Verantwortungsgefühl, das eben des-

halb so schwer wiegt, weil jedes Zutrauen in die Tüchtigkeit der Kinder fehlt, jene frohe, gesunde Zuversicht, daß sie sich durchschlagen werden, wie wir selbst uns durchgeschlagen haben. Vom sozialistischen Proletarier müssen wir aber diese Zuversicht verlangen. Er soll sein Verantwortungsgefühl gegenüber seinen Kindern auf die Frage einstellen: Was kann ich ihnen an Gesundheit und Lebensmut hinterlassen.

Darin liegt schon eingeschlossen, was ich bereits früher gesagt habe, daß ich keineswegs der unbegrenzten Fruchtbarkeit das Wort rede. Die gesunden Eltern sollen die Kinderzahl nicht überschreiten, die ihnen das menschenwürdige Aufbringen der Kinder ermöglicht. Die Geburten sollen in Abständen von mehreren Jahren erfolgen, wie das erfahrungsgemäß die Rücksicht auf die Gesundheit des Kindes heischt, ohne welche Abstände auch für die Frau die Mutterfreuden sich in Mutterqualen verwandeln. Die Art, wie einige Genossinnen der Geburtenbeschränkung entgegengetreten sind, hat mir nach dem „Vorwärts“-bericht den Eindruck gemacht, als ob sie die bittere Not und das wirklich furchtbare Los der durch zahlreiche und rasch aufeinanderfolgende Geburten ausgemergelten Arbeiterfrau nicht voll zu würdigen verstünden. Ich finde, wir müssen uns offen auf den Standpunkt stellen, daß wir die Geburtenregelung wünschen und ihre technischen Voraussetzungen für eine wertvolle Kulturerrungenschaft halten. Moralische oder religiöse Vorurteile gegen den Neomalthusianismus sind uns natürlich fremd. Wir wollen verhindern, daß kranke Kinder geboren werden, lebensuntaugliche und -unfrohe, daß solche geboren werden, deren Kindheit in Entbehrung und Elend verkümmert, solche, über deren Leben eine erschöpfte und versorgte Mutter, ein überarbeiteter Vater einen dauernden Schatten wirft: darum sind wir nicht Gegner des Neomalthusianismus. Aber wir wollen, daß der Proletarier, der sich zum höchsten Zukunftsglauben, zum Sozialismus bekennt, möglichst viele gesunde Kinder habe, wir rechnen dies dem Arbeiter und der Arbeiterin als hohes Verdienst an, schätzen den darin verkörperten Aufwand an Mut und Kraft als ein hohes Werk im Dienst der Zukunft: darum sind wir Gegner des Zweikindersystems.

Ich verkenne nicht, daß dieser Standpunkt große praktische Schwierigkeiten einschließt. Die Klerikalen haben es schon leichter, wenn sie sagen: Jede Empfängnisverhütung ist Sünde. Da ist dann das Eintreten gegen die Verbreitung der die Geburten verhindernden Technik das beste und zweckmäßigste Mittel. So einfach stellt sich die Sache für den Sozialisten nicht dar. Weil wir die Geburtenregelung nicht verwerfen, also die Vertrautheit mit den Verhütungsmitteln voraussetzen, rechnen wir mit einem hohen Grade seelischer Gesundheit und Zukunftsfreudigkeit der Massen, wenn wir von ihnen erwarten, daß sie nicht ihre Klasse durch das Zweikindersystem auf den Aussterbeetat setzen. Wir müssen eben als Partei der Zeitströmung entgegenarbeiten, die diese Zukunftsfreudigkeit herabzudrücken sucht, und es als Kennzeichen höherer Entwicklung ansetzt, möglichst wenig Kinder zu haben.¹

¹ Eine junge Frau aus dem wohlhabenden Bürgertum beklagte sich einmal bei mir darüber, daß sie, als ihre zweite Schwangerschaft zu ihrem Kummer durch Fehlgeburt endete, von Verwandten und Freundinnen viel herzlicher beglückwünscht wurde als nach der Geburt ihres ersten Kindes!

Man bedenke auch, daß das Proletariat seinen Zahlenbestand mit dem Zweikindersystem weniger lange im Gleichgewicht halten dürfte als die Bourgeoisie. Trotz der Verminderung der Kinderzahl erwirbt es noch lange nicht die Möglichkeit, die Kinder vor Fährlichkeiten und Krankheit zu bewahren, wie sie das Bürgertum hat. Wenn man in einigen von Reichen bewohnten Stadtvierteln die Säuglingssterblichkeit auf 5 und 7 Prozent der Geborenen herabzudrücken vermocht hat, so wird das Proletariat bei seinen Wohnungsverhältnissen, bei der geringeren Möglichkeit der Aufsicht, der geringeren Vertrautheit mit der Gesundheitspflege mit einer doppelten oder dreifachen Sterblichkeit rechnen müssen. Außerdem verliert das Proletariat durch Aufsteigen von Arbeitern in die bürgerliche Klasse beständig einen kleinen Bruchteil der Seinen, eine Erscheinung, bei der nicht nur die Klasse, sondern anscheinend auch die Rasse verarmt, da die tägliche Erfahrung lehrt, was schon vor mehreren Jahrzehnten der englische Frauenarzt Maudsley beobachtet hatte, daß nämlich diese aus ihrer Klasse ausscheidenden Arbeiter nur in den seltensten Fällen Nachkommenschaft hinterlassen. Andererseits bereichert sich das Proletariat durch den Austausch unter den Klassen nicht, da der deflatierte Angehörige des Bürgertums in der Regel zum Lumpenproletariat stößt und nicht ein Teil der arbeitenden Klasse wird.

Mit viel Vertrauen auf die Mutterbereitschaft und Mutterfreudigkeit der Proletarierinnen darf man meiner Ansicht nach deshalb nicht sein, weil — wenigstens nach den Erfahrungen, die viele Frauenärzte im Bürgertum gemacht haben — der eifrigste Verfechter des Zweikindersystems fast immer der Mann und nur sehr selten die Frau ist. Die Frau, wenigstens die, die schon Kinder hat, freut sich meistens des Zuwachses, soweit sie nicht krank ist oder um die Gesundheit des neuen Kindes besorgt sein muß. Diejenigen Frauenärzte, die es wie Professor L. M. Bossi als ihre Lebensaufgabe ansehen, den Neonatalmortalismus zu bekämpfen, haben nicht ohne Befremden einzusehen müssen, daß ihr Feind nicht die Gebärunlust der Frau, sondern die Abneigung des Mannes gegen große Familien ist. Mehr als den Frauen gilt es also den Männern zu predigen, wenn man das kämpfende Proletariat von einem Wege fernhalten will, der seine Zahl unaufhaltsam dem Rückschritt entgegenführt.

Über die Berliner Versammlungen zu lächeln und zu spotten, wie das reichlich die bürgerliche Presse des Auslandes getan hat, hat die Partei wahrlich keinen Grund: sie darf vielmehr stolz sein auf die geistige Durchdringungsarbeit, durch die diese Versammlungen möglich wurden. Sie zeigen, daß man von der Partei eine Parole erwartet, daß die sozialistischen Massen in der Frage ganz richtig keine Privatangelegenheit sehen. Gewiß kann man die Kinderzahl nicht im Parteiprogramm festsetzen und muß es dem einzelnen überlassen, für was er sich einschätzt und ob er das, was er ist, für wert hält, daß es in seinen Kindern weiterlebe. Das muß jeder mit sich selbst abmachen. Die Partei sage aber dazu, daß der Arbeiter durch tüchtigen und zahlreichen Nachwuchs der Sache der Zukunft, unserer Sache dient. Wenn die Bourgeoisie, die sich selbst auf den Aussterbeetat setzt, den Proletariern blinde Fruchtbarkeit zumutet, um Ausbeutungsmaterial und Soldaten zu haben, so soll der Sozialismus eine bewußte und lebende Fruchtbarkeit fordern. Er will mit Ausbeutung und Kasernen aufräumen, aber diese Zukunft ist doch nur des Kampfes wert, wenn ein zahlreiches und tüchtiges Geschlecht

ihrer froh wird. Wir haben nicht nur für ein menschenwürdiges Leben, sondern auch für lebenswürdige Menschen zu sorgen. Das Zweikindersystem mit seinen Ängsten und seiner Selbstsucht, mit dem geringen Glauben an sich selbst und an die Zukunft, der in ihm zum Ausdruck kommt, scheint mir, auch von der Zahl abgesehen, dazu nicht das beste Mittel.

Zum Streik auf den Seeschiffswerften.

Von August Winnig.

Es ist Ende September, und noch immer stehen mehr als tausend ehemalige Streikende vor dem Arbeitsnachweis der Hamburger Metallindustriellen und warten auf die Wiedereinstellung. Mitte Juli begann der Streik, Mitte August brach man ihn ab, und jetzt liegen in Hamburg, von wo er seinen Ausgang nahm, noch mehr als tausend Opfer der Unternehmer- rache auf der Straße. So schlimm diese Nachwehen der Bewegung sind, so sind sie doch weder die einzigen noch die schlimmsten. Bedenklicher erscheinen für die Zukunft der Werftarbeiterbewegung die Nachwirkungen auf die Organisation. Ob zu diesen Nachwirkungen auch die Bildung einer syndikalistischen Sonderorganisation gehören wird, läßt sich noch nicht sagen; ein Ortsverein des „Freien Verbandes der Metallarbeiter Deutschlands“ besteht zwar, aber es sind bisher noch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß er größeren Zutrom aus Metallarbeiterkreisen erhalten wird. Das ist auch nicht wahrscheinlich. Und überdies haben sich bisher alle Gründungen dieser Art als wenig widerstandsfähig erwiesen, so daß man auch die von dieser Seite drohende Gefahr nicht sehr zu fürchten braucht. Was sich in diesen, den romanischen Syndikalismus nachäffenden Gemeinschaften zusammenfindet, sind verblendete Eiferer und destruktive Naturen, die sich in keine organische Ordnung einfügen können; die sachlich mit der Gewerkschaftstaktik unzufriedenen Teile der organisierten Arbeiter, die unzufrieden sind, weil sie mehr und größere Erfolge wollen, werden sich in diesen Dummheitsgebilden nie dauernd wohl fühlen. Darum braucht man die Bemühungen unserer Syndikalisten unter den Werftarbeitern nicht besonders ernst zu nehmen, wozu für Hamburg noch hinzukommt, daß sich hier die Leitung der syndikalistischen — sagen wir: Bewegung in Händen befindet, die kein auf Reputation haltender Arbeiter drücken mag. Ernstere dagegen ist die Gefahr eines stärkeren Zustroms zu den gelben Vereinen. Ich kenne die Hamburger Werftarbeiter so weit, um zu wissen, daß sie nicht in hellen Haufen zu den „Wirtschaftsfriedlichen“ oder, wie sie sich in Hamburg nennen: „Waterländischen“ stoßen werden. Der große Kern dieser bedeutenden Arbeitergruppe bildet tatsächlich trotz allem, was man gegen ihr Verhalten in dieser Bewegung sagen mag, eine Elitemannschaft der Hamburger Arbeiterbewegung und ist darum gegen alle derartigen Lockungen gefeit. Aber es bedarf auch nicht eines großen Zustroms von Werftarbeitern, um die gelben Vereine zu einem empfindlichen Hindernis künftiger Aktionen werden zu lassen. Die gelben Organisationen müssen zum Teil aus den psychologischen Einwirkungen unserer Bewegung erklärt werden. Man folgert oft verkehrt, indem man sagt: Wo die Gelben sind, können die Gewerkschaften keine Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse erreichen; richtiger

würde man sagen: Wo die Gewerkschaften keine oder keine wesentlichen Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse durchsetzen können, dort entstehen die Gelben, oder sie finden dort die besten Vorbedingungen für ihr Fortkommen. Alles, was wir in Deutschland an gelben Vereinen haben, beschränkt sich auf solche Produktionsgebiete, in denen der gewerkschaftliche Einfluß gering ist oder gänzlich fehlt. Die größten und bedeutendsten gelben Gründungen geschahen nach gescheiterten Bewegungen, nach verlorenen Streiks oder in Zeiten der Geschäftskrisis. Aus diesem Grunde ist die Gefahr der gelben Organisation für die Werftarbeiter viel größer als die Gefahr der syndikalistischen Zersplitterung. Ohne Zweifel wäre das Aufkommen der Gelben die allerschlimmste Wirkung dieses in jeder Hinsicht so unglückseligen Kampfes. Ob sich diese Gefahr verwirklichen wird, ist erst nach einigen Monaten zu übersehen. Sicher aber ergibt sich eine Zunahme der kritischen Stimmung der Organisationsmitglieder gegen die Organisationsleitungen, die unsere Kampffähigkeit nicht stärkt, sondern schwächt, wenn sie verstärktes Mißtrauen und wachsende Unlust, sich den Organisationsangelegenheiten zu widmen, nach sich zieht. Und daß dem heute schon so ist, das ist leider nicht lustige Vermutung, sondern Tatsache. Ob es sich um eine Versammlung der gewerkschaftlichen oder der politischen Organisation handelt: selten geht eine vorüber ohne Äußerungen tiefsten Unwillens über den Ausgang dieser Bewegung.

Das sind die Nachwehen des Streiks auf den Seeschiffswerften.

Man sagt, wenn die Herren vom Rathaus kämen, seien sie klüger als vorher. Und im allgemeinen läßt man es auch gelten, daß man nach Beendigung einer Bewegung besser sehen könne, was in ihren einzelnen Phasen von Rechts wegen hätte geschehen müssen. Im Falle des Streiks auf den Seeschiffswerften vermag jedoch diese Ansicht. Man steht vor der Aufeinanderfolge der Ereignisse, ohne auch nur in einem wichtigen Punkte die Überzeugung fassen zu können, daß man hier ganz falsch gehandelt habe und daß man durch diesen oder jenen Zug ein anderes Schlusergebnis hätte erzielen können. Der Endpunkt alles Untersuchens ist zuletzt das Bekenntnis: es hat sich alles so vollenden müssen.

Verfolgen wir kurz den Verlauf.

Im Jahre 1910, dem Jahre großer und glücklicher Kämpfe, dem zweiten Jahre des letzten Konjunkturaufschwunges, gelang es den Organisationen der Werftarbeiter nach einem mehrwöchigen Kampfe, die Werftbesitzer zu Zugeständnissen zu zwingen, die einen befriedigenden Ausgang darstellten. Der Schwerpunkt des Erstrungenen lag weniger in den materiellen Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse, als vielmehr in der Tatsache, daß die Unternehmerorganisation zum erstenmal mit den Vertretern der Gewerkschaften von Macht zu Macht verhandelt und bessernde Änderungen der Arbeitsverhältnisse vereinbart hatte. Aber diese Tatsache war nicht ausschließlich das Ergebnis der unmittelbar miteinander ringenden Kräfte gewesen, sondern außerhalb der kämpfenden Parteien stehende Kräfte hatten am Zustandekommen dieser Tatsache mitgewirkt — die außerordentlich gute Geschäftslage, der eindrucksvolle Sieg der Bauarbeiter und das Eingreifen der Gesamtorganisation der Metallindustriellen. Nachdem der Friede geschlossen, suchten die Werftleitungen die Vereinbarungen zu durchlöchern, und zwar zum Teil nicht ohne Erfolg. Dies ständige Markten und Streiten, diese so-

physische und unredliche Handhabung der Vereinbarung durch die Werkverwaltungen schuf viel Erbitterung und häufte viel Bündstoff an. Im Herbst des vorigen Jahres traten die Arbeiter mit dem Verlangen an ihre Organisationen heran, eine neue Bewegung einzuleiten. Die Vorstände waren dem nicht grundsätzlich abgeneigt, sie gingen an die Vorbereitung heran, setzten jedoch durch, daß man erst dann offen hervortrete, wenn die großen Tarifbewegungen der Maler, Holzarbeiter und Bauarbeiter beendet seien. Im Frühjahr dieses Jahres kam es zu Verhandlungen, an denen von den Arbeitern nur Vertreter der Werkbelegschaften teilnahmen; nur die Verwaltungsstellen Hamburg und Kiel des Metallarbeiterverbandes konnten je einen Vertreter der Organisation dazu delegieren. Das Ergebnis zweier Verhandlungen war so unbefriedigend, daß alle Kreise der beteiligten Arbeiter anerkannten, hierauf ließe sich keine Vereinbarung aufbauen. In der Konferenz, die zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nahm, beauftragte man die Verbandsvorstände, ihrerseits der Unternehmerorganisation unmittelbare Verhandlungen anzubieten. Bevor die Unternehmer dies Angebot beantworten konnten, legten die Werftarbeiter in Hamburg die Arbeit nieder, dem schlossen sich in schneller Folge die Arbeiter der Werften in Kiel, Flensburg, Begeßand, Bremerhaven, Stettin usw. an.

Überblickt und durchdenkt man die Ereignisse bis zum Vorabend der Arbeitsniederlegung, so wird man auf nichts stoßen, das sich als eine Verletzung der taktischen Grundsätze und Gepflogenheiten bezeichnen ließe. Insbesondere wird man für das Hinauschieben der Bewegung bis hinter den Abschluß der anderen großen Bewegungen volles Verständnis haben, wenn man bedenkt, wie leicht es eintreten könnte, daß die gesamte organisierte Arbeiterschaft zur Unterstützung der Kämpfe in den genannten Gewerben aufgerufen werden mußte. Auch der letzte Versuch der Organisationsvorstände, die Bewegung durch Verhandlungen zu beenden, rechtfertigt sich von selbst. Die Zweifel beginnen erst bei der plötzlichen Arbeitsniederlegung und bei der Ablehnung der Unterstützung der Streikenden durch die Verbandsleitungen. Das sind ja überhaupt die entscheidenden Tatsachen, die bei jeder Betrachtung dieses Kampfes im Mittelpunkt stehen.

Die Arbeitsniederlegung — natürlich war sie ein beklagenswerter Verstöß gegen alle organisatorische Ordnung, gegen alle taktischen Gebote; aber wen will man dafür verantwortlich machen? Es ist ganz nebensächlich, ob man diesen oder jenen Werkstattvertrauensmann, diese oder jene Arbeitertruppe als unmittelbaren Veranlasser bezeichnen kann oder nicht. Denn man kommt nicht über den Punkt hinweg, daß sich der Streik wie ein Sturm aller Betriebe bemächtigte und sie leer setzte. Es war die Masse, die von Elementarkraft getrieben stürmisch über alle Rücksichten hinwegschritt. Da war nichts Persönliches, das war ein Ausbruch von der Unwiderstehlichkeit einer Naturgewalt. Hier heißt es nicht verurteilen, sondern verstehen. Und das gleiche gilt für den Beschluß der Verbandsvorstände, den Streik nicht zu unterstützen. Hinter beiden Tatsachen steht in letzter Linie dieselbe Ursache, das gleiche Problem.

Es ist das Problem, das die Entwicklung der Arbeitskämpfe den Organisationen aller großen Gewerbe stellt, das aber für keine Organisation schwieriger ist als für den Deutschen Metallarbeiterverband. Es sei zunächst mit wenigen Strichen umrissen.

Das Wachstum und die steigende Macht der Gewerkschaften hat auf der anderen Seite die Bildung starker Unternehmerverbände hervorgerufen und begünstigt. Die Wesenseigenheiten beider Organisationen brachten es mit sich, daß sich die Unternehmerorganisation mehr und mehr die Taktik aneignete, Einzelangriffe der Arbeiter mit Gegenangriffen auf erweiterter Front zu beantworten. Die Anwendung dieser Taktik, die nun um so vollkommener wurde, je mehr sich die Unternehmerorganisation ausdehnte und festigte, zwang und zwingt die Gewerkschaften, bei ihren kampftaktischen Erwägungen nicht nur ins Auge zu fassen, wie groß der Kampf nach ihrer Absicht sein sollte, sondern wie groß er durch den Gegenstoß der Unternehmerorganisation werden könnte. In allen unseren größeren Gewerben, in denen die Gewerkschaften ein Machtfaktor geworden sind, hat diese Entwicklung zu Kämpfen mit breiten Fronten geführt, zu Kämpfen, die an die Kraft der Organisationen natürlich hohe Anforderungen stellen. Jeder dieser Kämpfe kann bei ungünstigem Ausgang die Aktionskraft der Gewerkschaft auf lange Zeit vernichten, kann die Organisation auf Jahre hinaus als Machtfaktor ausschalten. Es ist selbstverständlich, daß diese Verhältnisse die Taktik der Gewerkschaften tief beeinflussen müssen, daß sie von selbst zu einer größeren Bedachtsamkeit, größerer Vorsicht und gegebenenfalls größerer Zurückhaltung zwingen. Abgesehen von den kampftaktischen Schwierigkeiten, die diese Entwicklung mit sich bringt, erwachsen aus ihr die heute schon ziemlich alltäglichen Konflikte zwischen den Leitungen und den Mitgliedern. Das Urteil der Mitglieder geht in erster Linie von den Tatsachen aus, die sie selbst sehen und empfinden, und bleibt von den Rücksichten auf die Gesamtheit meist unbeeinflusst. Die Vorsicht der Organisationsleitungen erscheint ihnen als Energielosigkeit und Furcht. Aus der Mißstimmung bildet sich das Mißtrauen und die Lust, die Vorstände zur Seite zu schieben und ihren gern als Staatsmännerei verspotteten taktischen Maßnahmen durch ein kühnes Dreinhauen ein Ende zu machen.

Für keine andere deutsche Gewerkschaft gilt dies in so hohem Maße wie für den Metallarbeiterverband. Nicht, weil er oder seine Leitung irgendwelche Eigentümlichkeiten hätte, sondern weil er es vornehmlich mit den kapitalkräftigsten Großindustrien zu tun hat. In jedem Falle, wo er eine Bewegung der großindustriellen Arbeiter einleitet, muß er mit der Möglichkeit eines Kampfes rechnen, der viele Zehntausende seiner Mitglieder in die Front fordert und der darum dem Kern seiner Kraft gefährlich werden kann. Diese Tatsache muß bei der Beurteilung der Taktik des Metallarbeiterverbandes in vollem Umfang in Rechnung gestellt werden. Auf der einen Seite muß er unausgeseht jede Gelegenheit ausnützen, um die Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder vorwärts zu bringen, auf der anderen muß er wegen der Gefahr, seine weitere Aktionskraft einzubüßen, immer wieder bestrebt sein, einen großen Zusammenstoß zu vermeiden. Setzte er seine volle Kraft für eine größere Gruppe seiner Mitglieder ein und ließe er sie im Kampfe verzehren, so wäre er für längere Zeit als Machtfaktor ausgeschaltet; er könnte für seine übrigen Gruppen nichts Wesentliches tun, bis er sich wieder gekräftigt hätte. Keine andere deutsche Gewerkschaft sieht sich bei ihren Kämpfen vor eine so schwere Aufgabe gestellt wie der Metallarbeiterverband. Seine Strategie muß in der

Hauptfache, soweit er es mit der Großindustrie zu tun hat, eine Ermattungs- und Beunruhigungsstrategie sein. Er muß fordern, verhandeln, muß mit seiner Macht operieren und manövrieren, die Möglichkeit eines Kampfes demonstrieren, und er muß doch bestrebt sein, einem großen Frontzusammenstoß auszuweichen, um die Taktik der Beunruhigung und Bedrohung immer wieder aufzunehmen und fortzusetzen. Er muß mit seiner Macht fortwährend manövrieren, ohne sie zu verlieren. Das ist die schwere Aufgabe, die der Metallarbeiterverband mit seiner Taktik zu lösen hat; ich gestehe, daß ich ihn wegen des Geschicks, mit dem er sich ihr widmet, oft im stillen bewundert habe.

Aber! Die Durchführung einer solchen Taktik wird dadurch erschwert, daß man sie im Einzelfall nicht den Mitgliedern vortragen kann. Täte man es, so wäre sie damit schon durchbrochen. Eben weil die Masse der Mitglieder der Einsicht in diese Zusammenhänge ermangelt, hat sich jene Spannung zwischen ihr und der Organisationsleitung gebildet, die wir schon oft beobachten konnten, und deren Entladung in diesem ungewöhnlichen Streik der Werftarbeiter so verheerend erfolgte. Aus dieser Tatsachenreihe ist dieser Ausbruch zu erklären und zu verstehen.

Die gleichen Tatsachen erklären jedoch auch das Verhalten der Verbandsvorstände. Es wäre lächerlich, hätten sich die Vorstände bei der Verweigerung der Unterstützung von dem simplen formalen Disziplinbegriff leiten lassen. Gäßen sie das getan, dann hätten sie all die Äußerungen des Unwillens und noch mehr verdient. Nicht die formale Disziplin an sich, sondern die sachlich unweigerlich notwendige Disziplin, die eine Vorbedingung jener Strategie ist, die für den Metallarbeiterverband als die einzig mögliche erscheint, und schließlich diese Strategie selbst standen auf dem Spiele. Und die glaubten die Verbandsvorstände höherstellen zu müssen als diese einzelne Bewegung.

Sa oder Nein? Richtig oder falsch? Hier gilt es nicht zu beurteilen! Hier gilt es zu erkennen und zu arbeiten, zu versöhnen und zu stärken. Falsch wäre es, wollte man aus diesem Streit einen Anlaß für eine Verfassungsänderung der Gewerkschaften in dem Sinne nehmen, daß man das Vetorecht der Zentralvorstände bei Lohnbewegungen beseitigte und die Autonomie der Orte und Bezirke beschlöße. Man braucht nur die zur Zentralisierung drängende Entwicklung der Lohnkämpfe zu bedenken, um einzusehen, daß das nicht geschehen darf. Wir müssen durch diese Periode hindurch; noch reicht die Kraft der Gewerkschaften nicht aus, um die stärksten Gegner, die Riesenbetriebe, im offenen Kräftemessen zu Zugeständnissen zu veranlassen, noch müssen sie labieren und kreuzen und den Kampfesdrang der ausgebeuteten und gebücktesten Massen dämpfen, aber sie werden wachsen, werden stärker und stärker werden und bald auch stark genug, um mit dieser Taktik brechen zu können. Wer den Werftarbeitern helfen und die schlimmen Folgen des Streiks mildern will, muß sie für diese Wahrheiten gewinnen.

Literarische Rundschau.

Dr. Joseph Bergfried Eßlen, Die Fleischversorgung des Deutschen Reiches. Eine Untersuchung der Ursachen und Wirkungen der Fleischsteuerung und der Mittel zur Abhilfe. Stuttgart 1912, Ferdinand Encke, 289 Seiten. 7 Mark.

Die Fleischnot hält auch im Jahre 1913 weiter an. Soweit bisher die amtlichen Statistiken vorliegen, hat die Zahl der beschauspflichtigen Schlachtungen auch in

diesem Jahre abgenommen, und die Preise sind abermals in die Höhe gegangen. Der Erörterung der Fleischversorgung des deutschen Volkes bleibt bei der hartnäckigen passiven Resistenz der verantwortlichen regierenden Preise dauernde Aktualität gesichert.

Das Buch des Züricher Professors Ehlen ist sehr zu begrüßen, da es, eine Frucht zehnjähriger Beschäftigung mit dem Gegenstand, eine Menge wichtigen Materials zur Feststellung des tatsächlichen Zustandes und der Entwicklung der Fleischversorgung bietet. Dagegen fordern Ehlen's Vorschläge zur Abhilfe teilweise Widerspruch heraus.

Ehlen geht aus von der Notwendigkeit des Fleisches in der Nahrung des modernen arbeitenden Städters, wie sie von der modernen Ernährungsphysiologie, besonders von Professor Rubner betont wird, worüber bereits in diesen Blättern berichtet ist. („Neue Zeit“, XXVIII, 1.) So ist die Menge Fleisch, welche benötigt wird, um die Arbeitskraft des Volkes dauernd in rationeller Weise zu ersetzen, gestiegen wegen der wachsenden Zahl der Bevölkerung und dem notwendig größer werdenden Verbrauch des einzelnen.

Wie hoch ist nun gegenwärtig der Fleischverbrauch in Deutschland und genügt er diesen beiden Anforderungen? Das Kaiserliche Gesundheitsamt hat über die Höhe des Fleischverbrauchs Berechnungen angestellt, die aber bei kritischer Prüfung, wie Ehlen nachweist, um mindestens 18 Prozent zu hoch sind. Der Fleischverbrauch von 1904 bis 1911 ist total gewesen:

	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	Durchschnitt 1904 bis 1911
Nach dem Kaiserlichen Gesundheitsamt	52,1	51,5	50,5	52,9	53,3	52,9	51,9	53,7	52,3
Nach Ehlen ¹	47,7	43,0	41,4	47,2	45,9	45,6	44,9	48,5	45,1

Berücksichtigt man auch noch die anderen Eiweißquellen, Milch, Geflügel, Fisch usw. und den Altersaufbau der Bevölkerung, so wird dennoch das von der Hygiene geforderte Minimum, welches das Kaiserliche Gesundheitsamt mit 55 Kilogramm und Rubner mit 62 Kilogramm pro Kopf und Jahr berechnet, durchaus noch nicht erreicht. Dies Resultat wird bestätigt durch die Betrachtung der Haushaltsrechnungen. Was wir dort von Arbeiterfamilien finden, sind die höchsten, die gegenüber der breiten Masse unhygienisch sind, weil sie zu günstig gestellt sind. Im ganzen kann man sagen, „daß die wohlhabenden Volksschichten, die nur einen geringen Bruchteil der Bevölkerung ausmachen, wie die Erfahrung des Alltags lehrt, das Doppelte und Mehrfache des durchschnittlichen Kopfverbrauches verzehren, und daß der allgemeine Durchschnitt von den höchsten gelohnten Arbeitern und den mittleren Angestellten nur gerade erreicht wird, während die breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung in Stadt und Land teilweise beträchtlich unter diesem Mittel bleiben“ (S. 47.)

In welcher Weise ist nun der dem Volke zur Verfügung gestellte Fleischvorrat produziert worden? Durch Einfuhr von auswärts ist stets nur ein ganz winziger Bruchteil des gesamten Bedarfs gedeckt worden. Es liegt dies an den hohen Fleischzöllen, aber noch weit wichtiger waren die angeblich aus veterinären Gründen erlassenen Viehsperrn und Einfuhrverbote gegen das Ausland und die die Einfuhr erschwerenden Bestimmungen des Fleischbeschgesetzes. In der Handhabung der Sperrn usw. lassen sich vier Perioden unterscheiden, die mit den Wandlungen der Handelspolitik parallel laufen.

¹ Vergleiche auch die frühere Arbeit Ehlen's in Conrads Jahrbüchern 1912, Band 43, S. 705 ff.

In der freihändlerischen Epoche vor 1879 war eine Erschwerung der Einfuhr von Schlachtvieh nicht beabsichtigt. Das beweist der gleichzeitige Vorschlag, Schlachthäuser an der Grenze zu errichten. Die Grenzsperrn gegen die feucheverdächtigen Länder Osteuropas entsprangen dem Wunsche, die Sperrn Großbritanniens gegen deutsches Vieh dadurch beseitigen zu können. Anders nach dem wirtschaftspolitischen Umschwung von 1879. Am 23. Juni 1880 wurde ein allgemeines Reichsgesetz zur Minder- und Unterdrückung von Viehseuchen erlassen, dessen § 7 eine allgemeine Sperre gegen das Ausland ermöglichte, das durch weitere Bestimmungen des Gesetzes vom 26. Juni 1909 weiter ergänzt worden ist. Auf Grund dieser Bestimmungen wurden in den achtziger Jahren Absperrungen erlassen, die weit über das, was durch die Seuchengefahr geboten war, hinausgehen. Der eigentliche Sinn der Maßregeln ist auch zweimal sehr offenherzig zugegeben worden. So sagte am 13. Februar 1879 der Minister v. Pfeuffer im bayerischen Landtag: „Wenn wir Magervieh von Osterreich nötig haben, dann soll die Grenze offen bleiben; wenn das von Osterreich gekaufte Magervieh gemästet und wieder zu verkaufen ist, dann soll die Grenze gesperrt werden.“ Graf Stolberg sah im Reichstag am 28. März 1885 in dem Einfuhrverbot gegenüber den fremden Ländern das einzige, was bis zu einem gewissen Grade noch eine Rentabilität der inländischen Viehzucht gewährleistete. Eine kurze Unterbrechung kam mit dem „neuen Kurs“. Neben der Herabsetzung der Getreidezölle brachte er eine Reihe Einfuhrerleichterungen. Lange dauerte die Herrlichkeit nicht, denn schon 1894 wurden neben der Aufhebung des Identitätsnachweises neue Sperrn als „kleine Mittel“ zur Befähigung der wütenden Agrarier wieder eingeführt. An dieser fast prohibitiven Handhabung ist dann seither festgehalten worden. Wie sehr der angebliche Seuchenschutz dabei Heuchelei ist, wird offensichtlich, wenn man daran erinnert, daß die Regierung zwar mit Absperrungen bei der Hand war, aber die Lungenseuche im Inlande höchst lau bekämpfte, daß im Jahre 1900, als die agrarische Mehrheit das Gesetz über Schlachtvieh- und Fleischbeschau annahm, mit diesem Gesetz aus angeblich sanitären Gründen schwere Nadel vor die Einfuhr fremden Fleisches geschoben hat, dieselbe Mehrheit die Beschaupflichtigkeit der Hausflachtungen ablehnte. Die Grenze dessen, was für einen wirklichen Gesundheitschutz der Bevölkerung und des Viehbestandes an Viehsperrn usw. notwendig ist, zieht Ohlen sehr weit. Desto gewichtiger ist seine Kritik dort, wo er den rein protektionistischen Charakter des „Seuchenschutzes“ kritisiert.

So ist der gesamte Fleischverbrauch bis auf einen winzigen Bruchteil auf die inländische Produktion angewiesen. Ohlen gibt nun einen interessanten Abriss über die Entwicklung der deutschen Viehzucht, die ökonomische Besonderheit der einzelnen Zweige der Viehzucht und erörtert die verschiedenen Möglichkeiten, wie die Leistungsfähigkeit der Viehproduktion noch gesteigert werden kann. Darauf kann hier nicht eingegangen werden, nur sei ein Punkt von Bedeutung hervorgehoben. Die herrschende Wirtschaftspolitik geht darauf aus, mit Zöllen und Einfuhrschemen den Preis für Getreide hinaufzutreiben, und erzielt dadurch eine Verteuerung von 30 bis 40 Prozent über den Weltmarktpreis. Ebenso sind die Futtermittel stark verteuert. Die Bedeutung der letzteren für die Viehzucht ist ja klar, aber die künstliche Preiserhöhung des Brotgetreides hat auch für die Viehzucht höchst bedenkliche Folgen. Je höher der Preis des Brotgetreides, um so höher muß der Preis der Futtermittel steigen, um ebensobiel Profit abzuwerfen. Jede Erhöhung des Preises für Brotgetreide nimmt dem Anbau der Futtermittel so lange den Platz weg, als bis der Preis dafür auch entsprechend hoch gestiegen ist. (Interessante Belege, S. 20/21.) So sind die Getreidezölle auch einer der Faktoren, die an der Fleischteuerung schuld sind.

Wichtig sind weiter die Ausführungen über die Fleischzufuhr und ihre Rückwirkung auf die inländische Viehzucht, wobei auch die englischen Erfahrungen berücksichtigt sind.

Bedenken erweckt das Programm, das Eßlen zur Abhilfe der Fleischnot aufstellt. Zunächst weist er nach, daß die Nachfrage nach Getreide und Fleisch zusammen für Gegenwart und nächste Zukunft unmöglich von der heimischen Landwirtschaft in ausreichender Weise befriedigt werden kann. Weil hohe Getreidepreise sich in hohe Bodenpreise umsetzen, fordert Eßlen Aufgabe des Getreidebaues und Konzentration auf die Viehzucht. Er will dies erreichen durch allmähliche Aufgabe der Getreidebölle. Dann geht er aber weiter und setzt der Wirtschaftspolitik ein neues Ziel. Er erstrebt einen Zustand, in dem die heimische Landwirtschaft alles zu einer ausreichenden Fleischversorgung notwendige Vieh selber produziert, jedoch das notwendige Brotgetreide vom Ausland eingeführt wird. Er will deshalb den Klein- und Mittelbetrieb in der Viehzucht als den angeblich produktiveren auf Kosten des Großbetriebs fördern, und wenn durch vorübergehende Fleischeinfuhr die gegenwärtige Leuerung gelindert ist und sich nach Aufhebung der Getreidebölle die Viehzucht auf Kosten des Getreidebaus ausbehnt, abermals Bölle auf Fleisch einführen.

Zunächst ist die Begründung der größeren Produktivität des Kleinbetriebs ganz hinfällig. Eßlen erklärt den Klein- beziehungsweise Mittelbetrieb einfach deshalb für produktiver, weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen er eine stärkere Befezung mit Vieh zeigt. Dabei hat Eßlen aber ganz seine eigenen Ausführungen über hohen Getreidepreis und Viehzucht außer acht gelassen. Wenn heute mit allen Mitteln des Staates der Profit im Getreidebau erhöht wird, hat der Großgrundbesitzer im allgemeinen keine Veranlassung, daneben noch etwas anderes ganz besonders zu pflegen. Nur der Kleinbetrieb, der, wie Eßlen anerkennt, im Getreidebau dem Großbetrieb nachsteht, ist deshalb genötigt, sich mehr auf die Viehzucht zu werfen. Nur wenn der Großbetrieb Viehzucht treiben müßte, würde die Statistik das beweisen, was Professor Eßlen aus ihr herauslesen will. Ob dann auch wirklich der Großbetrieb minder produktiv wäre, möchten wir füglich bezweifeln. Was wir zum Beispiel bei Gerlich über Groß- und Kleinbetrieb in der Schweinezucht erfahren,¹ spricht nicht sehr dafür.

Aufs schärfste würde die Sozialdemokratie auch die Wiedereinführung von Fleischzöllen bekämpfen müssen. Es kann sich für sie nur um Verbesserung des Betriebs, nicht um Erhöhung des Profits handeln. Hat aber die Viehzucht einmal Unterstützung durch die Allgemeinheit notwendig, so stellen wir dem Forderungen nach Zoll die Forderung Kautskys² entgegen, den landwirtschaftlichen Betrieb mit den Mitteln der Allgemeinheit direkt zu fördern durch kulturelle Hebung der ländlichen Arbeiter und damit ihrer Leistungen, durch Verbesserung des Verkehrs, Erleichterung des technischen Fortschritts in den verschiedensten Formen usw.

Durch die Polemik gegen die wirtschaftspolitischen Vorschläge Eßlens wollen wir den Wert der Schrift nicht herabsetzen. Sie ist wegen ihrer wissenschaftlichen Gediegenheit und der Fülle von Tatsachen höchst beachtenswert. A. H.

Dr. Ida Rister, Die Frauenarbeit in den Kontoren einer Großstadt. Eine Studie über die Leipziger Kontoristinnen. Tübingen 1911, Verlag von J. C. Mohr (Paul Siebeck). 168 Seiten. Preis 4 Mark.

Eine sehr dankenswerte Arbeit hat die Verfasserin dieser im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik erschienenen Schrift geleistet. Sie hat nicht nur die Arbeits- und Lohnverhältnisse, sondern auch die Lebenshaltung einer erwerbenden Frauenschicht eingehend untersucht, die bisher noch viel zu selten der Gegenstand solcher Studien war, und wenn die vorliegende Schrift sich auch in erster Linie mit den Kontoristinnen Leipzigs beschäftigt, so haben doch viele der darin niedergelegten

¹ Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 139, Seite 22 ff.; vergleiche auch Neue Zeit, XXX, 1, S. 233.

² Handelspolitik und Sozialdemokratie. 2. Auflage, S. 65.

Beobachtungen auch über diese eine Großstadt hinaus Geltung nicht nur für Deutschland im allgemeinen, sondern auch für andere Länder, und viele wieder nicht nur für die Kontoristinnen, sondern für die weiblichen Handelsangestellten überhaupt.

Noch viel rapider als die Zahl der erwerbsfähigen Frauen im allgemeinen wächst die der weiblichen Angestellten verschiedenster Art in allen Industrieländern. Ihre Zahl ist innerhalb der letzten 15 Jahre in Leipzig mehr als dreimal so stark angewachsen als die der männlichen Angestellten, im gesamten Deutschen Reich aber mehr als fünfmal so stark, trotzdem auch die Zahl der männlichen Angestellten in demselben Zeitraum ganz enorm gestiegen ist.

Die rapide Zunahme der weiblichen Angestellten, speziell in den Kontoren, erklärt die Verfasserin damit, daß den bestqualifizierten Frauen wenige günstigere Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung stehen und sie sich darum zu Arbeiten bereit finden, an die in gleichem Maße qualifizierte Männer kaum denken. „Heute wäre in Leipzig,“ sagt sie, „für die meisten Stellen eine männliche Arbeitskraft für denselben Gehalt zu haben wie eine weibliche, aber sie wäre entweder weniger tüchtig oder betrachtete den Platz nur als Durchgangsstadium.“

Was in der Schrift über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Leipziger Kontoristinnen berichtet wird, klingt sehr traurig, trotzdem die Verfasserin selbst diese Zustände außerordentlich milde beurteilt. Sie versichert immer wieder, daß sich die Lage dieser Frauen in den letzten Jahren sehr gebessert habe, aber es gehört schon einige Phantasie dazu, um sich auszumalen, wie elend sie vor jenen Verbesserungen gewesen sein muß, wenn die Gegenwart so aussteht.

Auf die Arbeitszeit scheint für Leipzig wie andernwärts das alte Handlungsgehilfensprüchlein zu stimmen: „Anfang früh, Ende nie.“ Elf- bis zwölfstündige Arbeitszeit für eine Buchhalterin ist in der starken Saison nichts Seltenes. Besonders in den Konfektionsgeschäften und im Buchhandel hat das Kontorpersonal zeitweilig bis 11 und 12 Uhr nachts zu arbeiten, wobei die Mittagspause auf das Allernotwendigste eingeschränkt wird und alle anderen Pausen entfallen. Aber nicht allein die Hochsaison bringt solche Schinderei mit sich, sondern auch die „fehlerhafte Geschäftsführung“, wie es Dr. Ristler nennt, wenn die Herren Chefs ihren Tag vertrödeln und erst dann die meisten Briefe zu diktieren haben, wenn die geplagten Stenographistinnen und Maschinenschreiberinnen längst der Ruhe pflegen sollten.

In der von der Verfasserin auf Grund eigener Erhebungen durchgeführten Lohnstatistik fehlen die allerniedrigsten und die höchsten Gehälter. 40 Prozent der Befragten beziehen einen Monatsgehalt unter 70 Mark und 51 Prozent einen solchen von 70 bis 120 Mark. 200 Mark gilt schon als ein sehr hoher Gehalt und kommt relativ recht selten vor.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Kontoristinnen Leipzigs so bodenständig sind wie kaum eine andere Frauenschicht. Nach der letzten Volkszählung sind nur 31,6 Prozent der gesamten weiblichen Bevölkerung zwischen 15 und 50 Jahren ortsgenüßig, unter den Kontoristinnen aber 70 Prozent. Von den nicht in Leipzig geborenen Kontoristinnen leben wieder 17,7 Prozent in ihrer Familie, so daß nur 12,3 Prozent der zugewanderten alleinstehend sind. All das deutet auf sehr geringe Wanderlust und starke familiäre Gebundenheit dieser Frauenschicht hin.

Interessant ist auch der Altersaufbau. 17 Prozent der Leipziger Kontoristinnen sind über 30 Jahre alt. Dabei macht die Zahl der Verheirateten kaum 3 Prozent aus. Für Deutschland im allgemeinen lauten diese Ziffern ganz ähnlich wie für Leipzig und für die Verkäuferinnen ähnlich wie für die Kontoristinnen.

Der Beruf der weiblichen Handelsangestellten ist also nicht ein spezifischer Beruf junger Mädchen, wie man zumeist anzunehmen geneigt ist, sondern er verteilt seine Angehörigen fast durchweg zur Ehelosigkeit.

Aus der Tabelle über die Abstammung der Leipziger Kontoristinnen, die das Buch enthält, ersehen wir, daß nur 8 Prozent von ihnen sozial höhergestellten Fa-

milien angehören. Die Töchter mittlerer Staats- und Privatbeamten machen 20 Prozent, die der ganz kleinen Beamten aber nur 9 Prozent aus. Die Töchter selbständiger kleiner Leute wie Handwerker, Krämer, Gastwirte usw. sind zu 23 Prozent, die qualifizierten Arbeiter und Werkmeister aber zu 26 Prozent beteiligt.

Sehr schlecht steht es um die fachliche Ausbildung der Leipziger Kontoristinnen. Sie wurde bis vor kurzem weder durch das Bedürfnis der Schülerinnen geleitet noch durch das von Handel und Industrie, sondern trug fast ausschließlich dem Gesichtspunkt des größten Teils der männlichen Angestellten Rechnung, der nie recht wußte, ob er sich die unbequeme Konkurrenz der Frauen lieber durch deren schlechte Fachbildung oder durch besonders hohe Anforderungen an sie vom Halse halten sollte. In der letzten Zeit ist indessen, wie die Verfasserin berichtet, eine kleine Besserung auf diesem Gebiet eingetreten.

Am Schlusse des Buches wird gezeigt, daß sich die Kontoristinnen Deutschlands ihrer uneinheitlichen sozialen Abstammung zum Trost als sehr gut fachlich organisierbar erweisen haben. Freilich segeln die mitgliederreichsten Handlungsgehilfenorganisationen noch ganz im bürgerlichen Fahrwasser, und ihre Arbeits- und Lohnbedingungen entsprechen ja auch dieser Tatsache.

Therese Schlesinger.

Notizen.

Zu Genossen Cohens Entgegnung auf meine Besprechung seiner Technik des Gewerkschaftswesens nur einige Worte:

Cohen überschätzt mich, wenn er mich einen Theoretiker nennt. Wer mehr wie 30 Jahre in der Arbeiterbewegung und nicht zuletzt für die Gewerkschaften gewirkt hat, wer so mannigfache Aufträge der Gewerkschaften ausgeführt hat, braucht sich nicht einen „Theoretiker“ schimpfen zu lassen.

Über das, was Technik ist, mit Freund Cohen zu streiten, liegt mir ferne. Ich bin kein Lehrer der deutschen Sprache, er vielleicht auf diesem Gebiet zu wenig lernbegierig. Wen Genosse Cohen glauben machen will, daß die Taktik der Gewerkschaften ein Buch mit sieben Siegeln ist, weiß ich nicht.

Wenn er höhnt, daß seine „Technik des Gewerkschaftswesens“ zwar nicht für Noth am Sand, aber sonst für alle großen gewerkschaftlichen Zahlstellen allgemein gilt, so stelle ich dem die Behauptung entgegen, daß sie für keine große Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes außerhalb Berlins Geltung hat. Genosse Cohen hätte weniger schreiben sollen, dann hätte er nicht so stark die Berechtigung meiner Kritik bestätigt. Über diese und über die Entgegnung Cohens lasse ich gerne alle Leser der „Neuen Zeit“ entscheiden, die in und für die Gewerkschaften
ad. br.

Die „Affenhypothese“. Schon Lamarck hat in seiner „Zoologischen Philosophie“ (1809) deutlich, wenn auch in vorsichtiger Form, die Theorie der Abstammung des Menschen von affenartigen Vorfahren ausgesprochen und vertreten. Man nahm aber bisher meist an, daß diese Auffassung zunächst auf enge Gelehrtenkreise beschränkt blieb und erst durch das Auftreten Darwins (1859) und die Polemiken, die sich an die Veröffentlichung seiner Hauptwerke angeschlossen, vor die weitere Öffentlichkeit gebracht wurde. Es ist nun interessant, daß bereits im Jahre 1833, wie Beer in seiner „Geschichte des Sozialismus in England“ mitteilt, der Geologe W. D. Saull, ein Anhänger Robert Owens, in Arbeiterversammlungen Vorträge über die fortschreitende Entwicklung des Menschen aus der Tierwelt hielt. Die „Crisis“, das Blatt der Owenisten, lehnte diese „Affenhypothese“ damals ab. G. E.